

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 15. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2008-2012)

Sitzungsdatum: 16. Dezember 2009
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 21.00 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Armin Bieri, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Präsident
Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin
Christoph Morat
Heinz Giger
Robert Vogt
Arnold Julier
Thomas Pfaff

Gemeindeverwaltung: Sandra Steiner, Gemeindeverwalterin

Gäste:

Entschuldigt: Jürg Vogt
Peter von Arx

Abwesend: Gabriela Huschke

verspätet: Stephan Wolf (anwesend ab 18.10 Uhr)

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 36 Anwesende = 24
18.10 Uhr 37 Anwesende = 25

Bereinigte Traktandenliste

Mittwoch, 16. Dezember 2009, 18.00 Uhr

1. Berichte des Gemeinderates vom 16.09.2009 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 10.11.2009 zum **Voranschlag 2010 der Einwohnergemeinde sowie**

Festsetzung der Gemeindesteuern und der Feuerwehrsteuer für das Jahr 2010		Geschäft 3874 / A
1.1.0	EINTRETENSDEBATTE	
1.1.1	Stellungnahme des Gemeinderates vom 24.11.2009 und Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 27.11.2009 zu den Budgetpostulaten	Geschäft 3874B / C
1.1.2	Budgetpostulat SP/EVP-Fraktion, Andreas Bammatter, betreffend Laufende Rechnung, Pos. 589-365 Beiträge an Private Institutionen	Geschäft 3874B.1
1.1.3	Budgetpostulat Josua M. Studer, betreffend Laufende Rechnung, Pos. 1 Öff. Sicherheit / 113 Gemeindepolizei Konto 113-437.00 Bussen	Geschäft 3874B.2
1.1.4	Budgetpostulat Josua M. Studer, betreffend Investitionsrechnung, Pos. 6 / 620 Gemeindestrassen/Werkhof Konto 620-581.00 Planwerte Unterkonto 620-581.01 Parkraumbewirtschaftung	Geschäft 3874B.3
1.1.5	Budgetpostulat Josua M. Studer, betreffend Laufende Rechnung, Pos. 3 Kultur und Freizeit / 300 Kulturförderung Konto 300-31 Sachaufwand Unterkonto 300-319.00 Übriger Sachaufwand	Geschäft 3874B.4
1.1.6	Budgetpostulat Hans-Peter Tschui, FIREKO, betreffend Pos. 700-434.00 Benützungsgebühren (Voranschlag 2010 Wasserversorgung)	Geschäft 3874B.6
1.1.7	Budgetpostulat Jérôme Mollat, FDP/GLP-Fraktion, betreffend Pos. 342-318 Hallenbad, Dienstleistungen und Honorare	Geschäft 3874B.7
1.1.8	Budgetpostulat Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion, betreffend Pos. 342-318.00 Hallenbad, Dienstleistungen und Honorare	Geschäft 3874B.9
1.1.9	Budgetpostulat Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion, betreffend Pos. 780-318.00 Dienstleistungen und Honorare (Naturschutz)	Geschäft 3874B.8
1.2.	DETAILBERATUNG	
1.2.1	Voranschlag der Einwohnerkasse	
1.2.2.	Festsetzung der Gemeindesteuern 2010	
1.2.3	Budgetpostulat Josua M. Studer, betreffend Laufende Rechnung, Pos. 9 Finanzen Steuern / 900 Steuern Natürliche Personen Konto 900-40 Steuereinkommen Unterkonto 900-400.00 Einkommens- und Vermögenssteuern	Geschäft 3874B.5
1.2.4	Budgetpostulat Siro Imber, FDP/GLP-Fraktion, betreffend Ziff. 2 der Anträge des Gemeinderates Steuerfuss Einkommens- und Vermögenssteuer Natürlichen Personen auf 57 % der Staatssteuer festgelegt	Geschäft 3874B.10
1.2.5	Budgetpostulat Robert Richner und Siro Imber, FDP/GLP-Fraktion, betreffend Pos. 904-402.00 Kapitalsteuern Juristische Personen	Geschäft 3874B.11
1.2.6.	Festsetzung der Feuerwehersatzabgabe 2010	

2.

Donnerstag, 17. Dezember 2009, 18.00 Uhr

2. Bericht des Gemeinderates vom 24.09.2009 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 10.11.2009 zur **Finanzplanung der Einwohnerkasse und der Spezialfinanzierungen über die Jahre 2010 – 2014**
Geschäftsvertretung: VP Nicole Nüssli Geschäft 3875 / A
3. Wahl eines Mitgliedes für den **Schulrat Kindergarten und Primarschule** (Präsidium wird durch Schulrat konstituiert) für Corinne Corvini-Gadola, CVP, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 31.07.2012) Geschäft 3907
4. Bericht des Gemeinderates vom 04.11.2009 betreffend **Reglement über den Instrumenten-Fonds der Musikschule**
Geschäftsvertretung: GR Heinz Giger Geschäft 3896
5. Folgebericht der Geschäftsprüfungskommission vom 30.11.2009 zu den **Leistungsvereinbarungen Stiftung Alterszentrum am Bachgraben, Tageselternverein Allschwil und Erholungswald mit der Bürgergemeinde** (ein Jahr nach in Kraftsetzung durch den Einwohnerrat) Geschäft 3909
6. Interpellation von Julia Gosteli, Grüne Allschwil, vom 12.09.2009 betreffend **Grundstück bei der Wertstoffsammelstelle Ecke Baslerstrasse/Parkallee**
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 3884
7. Postulat von Julia Gosteli, Nedim Ulusoy und Rita Urscheler, Grüne Allschwil, vom 27.05.2009 betreffend **Lösung der Verkehrsprobleme in Allschwil**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 3863
8. Postulat von Josua M. Studer vom 13.09.2009 betreffend **Elterliche Kindererziehung ist der externen Tagesbetreuung vorzuziehen**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier Geschäft 3891
9. Postulat von Josua M. Studer vom 16.09.2009 betreffend **„Stopsignalisation“ ändern und auf „Kein Vortrittssignalisation“**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff Geschäft 3892
- Verfahrenspostulat von Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion, vom 20.10.2009 sowie Bericht der Kommission für Gemeindeordnung- und reglemente vom 30.11.2009 betreffend **Änderung Geschäftsreglement Einwohnerrat (Kommissionssitze bei Änderung Fraktionszugehörigkeit)**
Antrag des Büros: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: Büro Einwohnerrat Geschäft 3901/A

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER des Gemeinderates

Für das Protokoll:

Jörg Bertsch / Sandra Steiner, Gemeindeverwalterin

Einwohnerratsprotokoll Nr. 15 vom 16. Dezember 2009

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des
Einwohnerrates Allschwil**

Armin Bieri

Begrüssung

Armin Bieri, Präsident: Ich begrüsse Sie und möchte die Sitzung eröffnen.

[**Entschuldigungen, Präsenz:** siehe Protokolleingang]

Ich komme zu den **Mitteilungen** des Präsidenten. Ich habe leider einen ganzen Stapel Rücktrittsschreiben erhalten. Zuerst der Rücktritt von Frau Corinne Corvini-Gadola aus dem Schulrat der Unterstufe und des Kindergartens auf Ende Jahr. Von Einwohnerratsmitglieder habe ich drei Rücktritte auf Ende Jahr erhalten: von der SP/EVP-Fraktion Giulio Vögelin, von der FDP/GLP-Fraktion Robert Richner und von der CVP-Fraktion Susanne Amrein-Fischer. Ich möchte all diesen Mitgliedern für ihre Mitarbeit danken. Es ist natürlich zu bedauern, dass es gerade ein so grosses Sesselrücken gibt.

Noch eine weitere Mitteilung: Wir haben im Büro beschlossen, die Fragestunde, die eigentlich noch in diesem Vierteljahr hätte stattfinden sollen, auf die Januar-Sitzung zu verlegen. Wir hatten ja in der September-Sitzung eine Fragestunde und verlegen nun die nächste Fragestunde auf die Januar-Sitzung.

Ihr hattet einen ganzen Stapel Papier auf dem Tisch. Darunter hat es drei dringliche Interpellationen und Motionen. Wir haben zwei ähnliche dringliche Interpellationen, die erste von Josua Studer „Dringliche Interpellation Haltestelle Parkallee/Spitzwaldstrasse, Buslinie 48“, und eine zweite dringliche Interpellation von Siro Imber „Basel-Stadt streicht Beitrag für Buslinie 48“. Zuerst Josua Studer zur Dringlichkeit.

Josua Studer, parteilos: Ich habe die Interpellation zur Buslinie 48 als dringlich eingereicht, denn wir hatten beschlossen, dass an der Ecke Parkallee/Spitzwaldstrasse eine Haltestelle eingerichtet werden soll. Seit Montag fährt jetzt dieser Bus, und diese Haltestelle ist nicht eingerichtet worden. Weiter konnte man ja heute den Medien entnehmen, wie Sie ja auch bei der nächsten dringlichen Interpellation von Siro Imber sehen, dass Basel-Stadt – und interessanterweise von Seiten der Linken, die ja sonst immer so für den ÖV ist – das Geld nicht geben will, damit diese Buslinie weitergeführt werden kann. Ich persönlich habe das heute auch mitbekommen und wollte es gleichzeitig antönen. Siro Imber hat es zum Glück gerade noch in Papierform gebracht. Mir geht es einfach darum, dass wir gleich wissen, was da eigentlich geht, vor allem mit dieser Haltestelle. Es wurde so kommuniziert, dass der Einwohnerrat dieser Haltestelle zugestimmt hat. Die Anwohnerschaft dieses Quartiers durfte damit rechnen und ist jetzt zu Recht erstaunt, dass das nicht eingetroffen ist. Wir haben das Geld gesprochen, und deshalb wäre ich dankbar für eine Antwort auf die Frage, weshalb das nicht stattgefunden hat.

Armin Bieri, Präsident: Ich bitte zunächst Siro Imber, dann Gemeinderat Robert Vogt, zur Dringlichkeit zu sprechen.

Siro Imber, FDP/GLP-Fraktion: Wie Sie vielleicht auch den Medien entnehmen konnten, hat der Grosse Rat den Beitrag für die Buslinie 48, die der Kanton Basel-Stadt ja eigentlich zugesichert hatte, gestrichen. Jetzt fehlen einfach diese 120'000 Franken. Daher müsste man jetzt wissen – da der Bus schon fährt, aber das Geld nicht da ist – wie das genau aussieht, wie das weitere Vorgehen sein wird, und vielleicht auch eine kleine politische Beurteilung des Gemeinderat bezüglich dieses Vorgehens.

Gemeinderat Robert Vogt, Vorsteher Departement Tiefbau/Umwelt: Aufgrund der aktuellen Situation wegen der Buslinie 48 möchte der Gemeinderat diese Interpellationen heute sehr gern dringlich bearbeiten.

Armin Bieri, Präsident: Wir stimmen zuerst über die Dringlichkeit der Interpellation von Josua Stunder, „Dringliche Interpellation Haltestelle Parkallee/Spitzwaldstrasse, Buslinie 48“, ab.

://:

Die Dringlichkeit wird einstimmig bejaht.

Armin Bieri, Präsident: Wir stimmen über die Dringlichkeit der Interpellation Siro Imber ab.

://:

Die Dringlichkeit wird einstimmig bejaht.

Armin Bieri, Präsident: Wir kommen zur dringlichen Motion von Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, „Umgestaltung des Allschwiler Dorfplatzes“. Frau Oppliger, bitte zur Dringlichkeit.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Auch die Dringlichkeit dieser Motion ist gegeben. Am 26. November wurde im Landrat darüber abgestimmt, dass der Kredit für die Umgestaltung des Dorfplatzes gesprochen wurde. Das Geschäft wurde bereits weitergeleitet an die Verkehrs- und Planungskommission. Unsere Gemeinde, oder der Gemeinderat, sollte dort von Anfang an mitreden können, sonst kommt das so heraus wie mit der Bushaltestelle im Dorf: Es wird etwas gemacht oder geplant, womit das Volk schlussendlich nicht einverstanden ist.

Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber: Wir hatten schon sehr früh entdeckt, dass in der Landratsvorlage ein Kredit eingestellt war für die Neugestaltung des Dorfkerns in Allschwil. Ich wurde dann auch sehr schnell von den Medien auf das Thema angesprochen, und ich sagte: Aufgepasst, da wird am Herzen der Gemeinde Allschwil operiert, wenn man dort aktiv wird; und wir möchten dabei so früh wie möglich eingebunden werden. Wir liessen uns dann auch zuhänden der Baudirektion vernehmen und verlangten auch in dieser Vernehmlassung, dass wir in diese Arbeiten mit einbezogen werden. Mit Regierungsrat Krähenbühl haben wir das auch bereits so besprochen und es damit auch schriftlich deponiert. Nun wissen alle, der Landrat hat zusammen mit dem Umbau der Baselstrasse – da geht es vor allem um die Erneuerung der Tramschienen, die ja ausgefahren sind – diese 400'000 Franken Projektkredit für die Neugestaltung des Dorfplatzes bereits beschlossen. Wir haben auch da bereits angestossen, dass wir in die Thematik mit einbezogen werden wollen. – Nun zur Motion, die, wie ich gesehen habe, eigentlich weiter geht. Sie verlangt am Dorfkern eine Begegnungszone. Damit reden wir eigentlich von mehr als nur von einer Umgestaltung des Dorfplatzes. Darum hätte der Gemeinderat eigentlich gerne noch etwas mehr Zeit, um sich zu überlegen, was letztendlich die Konsequenzen einer „Begegnungszone Dorfkern Allschwil“ wären, und wir würden daher die Motion gerne im normalen Rhythmus beantworten und sie heute nicht in Dringlichkeit bearbeiten. Ihre Berechtigung hat sie, aber es wäre übereilt, wenn wir heute in Form der Dringlichkeit beschliessen, dass es eine Begegnungszone werden muss. Das braucht noch mehrere Abklärungen.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: In dem Falle ziehe ich den Antrag auf Dringlichkeit zurück und bitte, es als einfache Motion zu überweisen.

Armin Bieri, Präsident: Wir haben noch weitere Postulate und Motionen, die eingegangen sind. Zum Ersten von der FDP/GLP-Fraktion, Postulat betreffend energieeffiziente Strassenbeleuchtung von Jérôme Mollat. Wir dazu das Wort verlangt? – Die nächste Motion ist von Josua Studer, betreffend Abgabe von Allschwiler Lampions an der 1.-August-Feier. Herr Studer?

Josua Studer, parteilos: Ich möchte nur kurz dies anfügen: Sie haben es ja in Schriftform. Sollte es überwiesen werden, so kann ich zum Zeitpunkt der Behandlung noch Daten nachliefern. Ich hatte Kontakt mit dem Feuerwehrverein, der ja im Auftrag der Gemeinde die 1.-August-Feiern durchführt. Es wurde mir zugesichert, dass diese Lampions jährlich immer wieder neu bestellt werden und dass es kein Lager gibt. Deshalb wäre es eine günstige Gelegenheit, wenn wir das dann gerade umsetzen könnten.

Armin Bieri, Präsident: Dann hat es noch eine Interpellation, ebenfalls von Herrn Studer, „Zusammensetzung der Busseneinnahmen“. Ist dazu das Wort gewünscht?

Josua Studer, parteilos: Danke, es ist selbstredend.

Armin Bieri, Präsident: Dann hätten wir die Aktualitäten erledigt. Wir kommen zur **Traktandenliste**. Ihr habt sie fristgerecht erhalten. Gibt es irgendwelche Änderungsanträge? – Wenn das nicht der Fall ist, ist die Traktandenliste so genehmigt, und wir kommen zum ersten grossen Brocken:

485 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1

Berichte des Gemeinderates vom 16.09.2009 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 10.11.2009 zum Voranschlag 2010 der Einwohnergemeinde sowie Festsetzung der Gemeindesteuern und der Feuerwehrsteuer für das Jahr 2010, Geschäft 3874 / A

Traktandum 1.1.0 Eintretensdebatte

Armin Bieri, Präsident: Es geht zunächst um das Eintreten. Das Wort hat zuerst Frau Gemeinderätin Nicole Nüssli, dann der Präsident der Fireko Hans-Peter Tschui.

Gemeinderätin Nicole Nüssli, Vorsteherin Departement Steuern – Finanzen: Es freut mich sehr, dass ich Ihnen heute den Voranschlag 2010 präsentieren darf, dies mit den folgenden Folien: Der Budgetierungsprozess ist – bis auf einen Punkt – so abgelaufen, wie wir das in den letzten Jahren immer gemacht haben. Der eine Punkt, der neu ist, ist derjenige, dass wir die Detailbesprechung des Rohbudgets departementsweise vorgenommen haben, wir haben das also quasi aus dem Gesamtgemeinderat ausgelagert. Dabei waren bei diesen Besprechungen immer der Gemeindepräsident Anton Lauber, ich, der jeweilige Departementsvorsteher und der Hauptabteilungsleiter. So hatte man mehr Zeit, das Rohbudget, das departementsweise erstellt worden war, intensiver zu behandeln und auf die einzelnen Punkte genauer einzugehen. Das war nachher auch eine Vereinfachung für die Behandlung des Gesamtbudgets im Gesamtgemeinderat. Was wir letztes Jahr schon so gemacht haben, ist, dass die Spezialfinanzierungen inklusive der Finanzpläne schon vorlagen, als wir das Rohbudget behandelten. Die Budgetvorgaben des Gemeinderats waren klar. Sie wissen, wir haben mit der Entwicklungs- und Massnahmenplanung 2009 – 2014 die finanzstrategischen Ziele nochmals überarbeitet und verfeinert. Sie kennen sie bestens, wir haben sie Ihnen auch schon mehrfach gezeigt. Klar ist, und auf diesen Punkt möchte ich nochmals hinweisen, dass die Basis des Budgets die finanzstrategische Zielsetzung war. Weiter gab der Gemeinderat ganz klar die Vorgabe, dass es mindestens eine ausgeglichene Rechnung geben muss, und dass keine neuen ungebundenen Aufwände entstehen dürfen. Die Massnahmen, wie wir zu diesem Ziel kommen wollten, sind diese – und das durften Sie ebenfalls schon mehrfach hören: Wir haben den Sachaufwand plafoniert, wie wir das in den letzten Jahren schon getan hatten. Wir haben permanent mögliche Einsparungen bei den Personalmutationen geprüft. Das heisst, wenn eine Stelle gekündigt wurde, haben wir jeweils geprüft, ob es diese Stelle weiterhin braucht, oder ob es nicht möglich ist, für drei Monate eine Vakanz vorzusehen. Wir sind davon abgekommen, jedes Mal diese dreimonatige Vakanz vorzusehen. Wir haben die Sparmassnahmen bei den beeinflussbaren Aufwendungen weitergeführt, das kennen Sie bestens, und wir haben ganz klar gesagt: keine „nice to have“-Ausgaben. Im Investitionsvoranschlag wurden nur Vorgaben berücksichtigt, die auch mit hoher Wahrscheinlichkeit realisiert werden können.

Der Voranschlag 2010 präsentiert sich so, Sie haben das in Ihren Unterlagen gesehen: Wir haben einen Aufwand, von Fr. 72.9 Millionen gegenüber einem Ertrag von 73.6 Millionen. Das heisst, wir budgetieren für das nächste Jahr einen Mehrertrag von Fr. 711'305. Bei der Investitionsrechnung gehen wir davon aus, dass wir Nettoinvestitionen von Fr. 9.9 Millionen tätigen können – das ist immer inklusive Spezialfinanzierungen. Ohne Spezialfinanzierungen wären es nur Fr. 8.1 Millionen. Bereits bei dieser Folie möchte ich Ihnen gerne ans Herz legen, beziehungsweise eröffnen: Sie müssen sich dessen bewusst sein, dass wir vom Jahr 2009 Investitionen von 4.5 Millionen ins 2010 verschieben mussten. Ein grosser Brocken dabei ist der Neubau des Feuerwehrmagazins, das wir im 2009 schon budgetiert hatten, das aber aufgrund einer Submissionsbeschwerde verschoben werden musste und daher erst nächstes Jahr in Angriff genommen werden kann.

Zum Ergebnisvergleich – immer Rechnung 2008 / Budget 2009 / Budget 2010: Die 2008er-Rechnung würde ich als Finanzchefin liebend gerne ausblenden. Denn Sie sehen, das war einfach ein hervorragendes Jahr. Es war aber unerwartet so hervorragend gut, und wir müssen davon ausgehen, dass das nicht mehr eintreten wird. Sie sehen, wir haben eine Veränderung beim Saldo laufende Rechnung von 2009 bis 2010 von Fr. 1.19 Millionen, also eine Verbesserung. Wir hatten im 2009 noch mehr Aufwand budgetiert und im 2010 einen Mehrertrag. – Bei den Nettoinvestitionen sehen Sie den Vergleich auch. Im Budget 2009 haben wir Fr. 5.6 Millionen budgetiert, und im Voranschlag 2010 – hier jetzt wieder ohne Spezialfinanzierungen – Fr. 8.1 Millionen. – Bei Selbstfinanzierungsgrad sehen Sie, mit Ausnahme des Rechnungsabschlusses 2008, wo wir 310% hatten, dass wir weit unter den 100% sind, die wir uns im Gemeinderat eigentlich auch als Zielgrösse gesetzt hatten, wobei wir aber einfach sehen, dass wir sie nicht erreichen können. Dies vor allem nicht, wenn wir diese 4.5 Millionen berücksichtigen, die wir vom 2009 ins 2010 verschoben haben. Und alles, was unter 100% Selbstfinanzierungsgrad ist, heisst Schuldenaufbau, also Mehrverschuldung – nur damit Sie sich dessen bewusst sind.

Zu den wesentlichen Abweichungen im Budget, die wir auf dieser Folie sehen – damit Sie sehen, warum es zu diesem Resultat kommen wird: Sie sehen, wir rechnen beim Aufwand mit Fr. 132'000 mehr, aber auch der anderen Seite beim Ertrag mit einem Plus von Fr. 1.3 Millionen. Das gibt dann eben die Differenz gegenüber dem 2009er-Budget von Fr. 1.19 Millionen Verbesserung. Die wesentlichen Positionen sind, Sie sehen es hier, beim Sachaufwand zu verzeichnen, wo wir Fr. 424'000 Mehraufwand budgetieren. Dann rechnen wir auf der anderen Seite bei den Passivzinsen aufgrund der Wirtschaftslage mit einem Minderaufwand von Fr. 360'000. Dies auch aufgrund des Schuldenabbaus, den wir im Jahr 2008 und im Jahr 2009 realisieren konnten – und natürlich auch aufgrund der Investitionsverschiebungen. Bei den eigenen Beiträgen sehen Sie ein Plus von Fr. 335'000. Das resultiert daraus, dass wir von einer Zunahme der Sozialhilfeunterstützungen ausgehen. Spitex wird zunehmen, und auch den Betriebskostenzuschuss des Tagesheims haben wir hier drin, der zu Mehraufwendungen führen wird. Auf der anderen Seite haben wir die Erträge. Bei den Beiträgen eigene Rechnung ist es ein Plus von Fr. 687'000. Das ist das Gegenstück vom Finanzausgleich, also die Abgeltung für die Sonderlasten im Zusammenhang mit dem Finanzausgleich, wo wir Mehreinnahmen von 687'000 Franken verzeichnen dürfen. Die Abweichungen zum Budget 2009 – wenn wir gerade bei dem Thema Neuer Finanzausgleich sind: Sie sehen hier, wir werden mit dem neuen Finanzausgleich ein Total von Fr. 6.9 Millionen an Aufwand haben. Mit dem alten Finanzausgleich, der im 2009 noch galt, hatten wir Ausgaben von 9 Millionen. Das heisst, wir rechnen für die Gemeinde Allschwil ab dem Jahr 2010 mit einer Entlastung von rund 2 Millionen. Die Veränderung der Ergebnisse 2009 ins 2010 ist aber nur Fr. 1.19 Millionen. Sie sehen also, wir haben irgendwo bei dieser ganzen Budgetierung rund Fr. 800'000 sozusagen „verloren“. Das heisst, wenn wir die ganze Entlastung von 2 Millionen aus dem Finanzausgleich herübernehmen könnten, dann müssten wir eigentlich die Veränderung des Ergebnisses von 2009 ins 2010 höher sein als die 1.19 Millionen, nämlich um diese Fr. 875'000. Das ist aber leider nicht der Fall, weil wir eben – und das zeige ich auf der nächsten Folie – innerhalb der laufenden Rechnung noch wesentliche Veränderungen zu verzeichnen haben, nebst dem Finanzausgleich. Und Sie sehen diese Positionen hier einzeln aufgelistet. Sie sehen, wir haben bei der Spitex beispielsweise Fr. 356'000 mehr, die wir budgetieren müssen. Den Sachaufwand habe ich vorhin schon erwähnt, bei dem wir Fr. 424'000 mehr budgetieren müssen. Und vor allem – was einer der wichtigen Brocken ist – ist die soziale Wohlfahrt, das heisst eine Zunahme der Sozialhilfeleistungen, die wir mit Fr. 500'000 rechnen. Auf der anderen Seite haben wir beim Ertrag ebenfalls Veränderungen. Bei den Steuern der natürlichen Personen rechnen wir mit einer Abnahme um Fr. 380'000 im nächsten Jahr. Demgegenüber bei den Steuern der juristischen Personen mit einer Zunahme von Fr. 400'000. Lassen Sie sich von diesen „Plus“ und „Minus“ nicht irritieren. Ich musste mir das auch mehrfach erklären lassen. Es ist eine Tatsache, es kommt daher, dass die Steuern und alles, was unter Steuern positioniert ist, auf der Ertragsseite steht; und daher ist es hier ein Plus, aber es wäre eigentlich ein Minus. Es ist alles richtig so. Wichtig ist: bei den Steuern der natürlichen Personen rechnen wir mit einer Abnahme, von Fr. 380'000. Sie sehen also, wir konnten leider Gottes nicht die ganze Besserstellung aufgrund des Neuen Finanzausgleichs vom 2009 ins 2010 hinübernehmen.

Zu den Steuererträgen: Ich sagte es vorhin schon, bei den natürlichen Personen rechnen wir mit einer Reduktion, demgegenüber bei den juristischen Personen mit einer Zunahme etwa im gleichen Rahmen. Das heisst, wir rechnen bezüglich der Steuereinnahmen in 2009 und 2010 in etwa mit den gleichen Zahlen. Ich habe kürzlich einen Bericht im Radio gehört, und ich denke mir, unsere Prognosen stimmen in etwa damit überein. Ich habe dort gehört, man rechnet mit einem Nullwachstum im nächsten Jahr. Das wäre etwas das, was der Gemeinderat auch so sieht.

Zu den Investitionen: Sie sehen sie hier aufgelistet, das sind wie gesagt diese 8.1 Millionen ohne Spezialfinanzierungen. Die wesentlichen Brocken bei den Investitionen beziehen sich auf die Öffentliche

Sicherheit, Sie sehen es: Feuerwehrmagazin, Infrastruktur Zivilschutz, die wir hier mit rund Fr. 2.5 Millionen drin haben. Der andere grosse Brocken betrifft den Bereich Verkehr, das heisst öffentliche Beleuchtung, Strassenbau, Sanierungen, Ausbau – gerade jetzt beispielsweise die Brennerstrasse etc., die mit etwa Fr. 3.6 Millionen gerechnet wird. Auf dieser Folie sehen Sie das, was ich vorhin schon sagte, noch einmal schön anhand einer Kuchen-Grafik. Man sieht es hier gut: Der Verkehr und die Öffentliche Sicherheit sind die beiden wesentlichen Teile, bei denen die Gemeinde Allschwil im nächsten Jahr investiert.

Zur Entwicklung der Vorjahre: Diese Folie haben Sie auch schon mehrfach gesehen. Es ist eine wesentliche Folie für den Gemeinderat, obwohl sie retrospektiv ist. Sie zeigt doch immer wieder das Verhältnis zwischen der Selbstfinanzierung und den Nettoinvestitionen. Wenn die Nettoinvestitionen höher sind als die Selbstfinanzierung, dann führt das einfach immer zu einer zusätzlichen Verschuldung, was wir ja eigentlich nicht wollen. Nur wenn die Selbstfinanzierung höher ist – nämlich mehr als 100% – ist ein Schuldenabbau möglich. Sie sehen, in welchen Jahren das möglich ist. Dass wir Schulden abbauen konnten, war im Jahr 2008 der Fall aufgrund des hervorragenden Ergebnisses. Sie sehen aber auch – und müssen sich daran jetzt auch nicht gross stören – die Folie ist eben leider Gottes nicht ganz realistisch, denn die Werte aus 2009 sind Budgetwerte und nicht eine angepasste Summe, gerade was jetzt die Investitionen angeht. Die Verschiebung dieser 4.5 Millionen vom 2009 ins 2010 ist nicht beachtet. Wenn man sie berücksichtigen würde, dann würde das Jahr 2009 besser dastehen bezüglich Selbstfinanzierung und Nettoinvestitionen, und das Jahr 2010 schlechter.

Noch ein Wort zu den Spezialfinanzierungen. Sie sehen hier die drei Spezialfinanzierungen Wasser, Abwasser und Abfall. Sie sehen, wir rechnen bei allen drei mit Ertragsüberschüssen, was positiv ist. Trotzdem ist das Sorgenkind die Wasserrechnung. Dort haben wir leider Gottes in den Jahren 2008, 2009 und 2010 immer noch einen Bilanzfehlbetrag, den wir abbauen wollen. Demgegenüber ist das bei Abwasser und Abfall nicht der Fall. Dort haben wir jeweils Eigenkapital. Ich zeige Ihnen das dann auch noch detailliert bei den Ausführungen zum Finanzplan. Wichtig ist aber, dass der Gemeinderat trotz dieser Wasserrechnung, die nicht so gut dasteht, noch nicht an eine Erhöhung denkt. Er hat eine Gebührenanpassung erst für das Jahr 2012 durchgedacht. Sie wissen, im Jahr 2007 hat man die Gebühren angepasst. Im 2008 kam dann das neue Gebührenreglement, das ja kostenneutral sein sollte. Und im 2009 hat man nochmals eine Erhöhung vorgenommen. Der Gemeinderat ist jetzt einfach der Meinung, dass es jetzt noch nicht sinnvoll ist, wieder eine Erhöhung ins Auge zu fassen, sondern er sieht das, wie gesagt, erst im Jahr 2012 vor. Ich kann da auch noch eine Neuigkeit mitteilen: Die Rechnung der Hardwasser AG wird für das Jahr 2009 rückwirkend besser ausfallen, und zwar wird die Rechnung um Fr. 50'000 besser ausfallen. Das heisst, der Bilanzfehlbetrag kann deshalb schon einmal abgesenkt werden. Und man geht davon aus, dass auch die 2010er-Rechnung insofern besser ist. Also alles in Allem meint der Gemeinderat, man kann jetzt noch davon absehen, die Gebühren bereits anzupassen. Zudem muss man da auch noch beachten: Der Gemeinderat ist nicht ganz allein, was eine Gebührenanpassung angeht. Da ist auch immer der Preisüberwacher, der mitredet. Und Sie wissen, die Gebührenanpassung 2009 kam erst nach langem Hin und Her mit dem Preisüberwacher zustande.

Zur Zielerreichung in diesem Budget 2010: Der Steuerfuss ist unverändert bei 58% – zumindest rechnet der Gemeinderat damit. Deshalb das Smiley, das heisst: Ziel erreicht. Bei den Sparvorgaben hat der Gemeinderat auch die Meinung, dass wir das Ziel erreicht haben. Das Eigenkapital ist bereits jetzt auf diese 6 Millionen aufgebaut worden, was wir ja eigentlich erst nach Ablauf dieser Periode bis 2014 vorgesehen hatten. Auch da ist also das Smiley berechtigt. Einen ausgeglichenen Finanzhaushalt haben wir sicher erreicht mit diesem Ertragsüberschuss. Was wir nicht erreicht haben, ist die Thematik, dass die Nettoinvestitionen kleiner sein sollten als die Selbstfinanzierung. Wenn man nur das Budget 2010 anschaut, ist das Ziel sicher nicht erreicht. Da haben wir höhere Investitionen – etwa 8.1 Millionen gegenüber 4.9 Millionen Selbstfinanzierung. Wenn aber die 4.5 Millionen, die wir ja vom 2009 ins 2010 hinübergeschoben haben, wieder abzieht, dann sind wir im Jahr 2010 doch innerhalb des Ziels. Aber ich denke, es ist ja richtig, dass man die 2010er-Rechnung für sich anschaut. Zum Schuldenabbau: Hier gibt es ebenfalls kein Smiley, weil wir auch das nicht erreicht haben.

Ich bitte Sie deshalb, das Budget 2010 so zu genehmigen, wie es vom Gemeinderat beantragt worden ist. Zuletzt, bevor ich dann vorerst nichts mehr sage, möchte ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, die an der Budgeterstellung mitgearbeitet haben, Dankeschön sagen. Es ist jedes Jahr ein grosser Aufwand, der da bewältigt werden muss, und dafür gebührt Dank. Ich möchte aber auch der Fireko danken für die kritische Prüfung des Budgets 2010 und auch für die Zusammenarbeit, die wir immer wieder erleben dürfen.

Hans-Peter Tschui, Präsident Finanz- und Rechnungsprüfungskommission (Fireko): „Freude herrscht“, war die erste spontane Reaktion in der Fireko, als wir dieses Budget berieten. Ins Auge stach das positive Ergebnis im Umfang von rund 0.7 Millionen. Dieser Überschuss, notabene, entspricht ziemlich genau dem Ertrag eines Steuerprozents bei den natürlichen Personen. Das ist vielleicht nicht ganz unwichtig im weiteren Verlauf dieser Debatte. Die Auswirkungen des neuen Finanzausgleichs auf die Rechnungslegung waren aus diesem Voranschlag nicht leicht herauszulesen – selbst für diejenigen nicht, die es gewohnt sind, solche Rechnungen zu analysieren. Wir haben im Laufe der Beratungen auch die Finanzverwaltung gebeten, uns dies detaillierter darzustellen. Dies hat uns dann auch dazu bewogen, auf S. 2 unseres Berichts die Veränderungen des Finanzausgleichs zwischen den Jahren 2009 und 2010 tabellarisch darzustellen, weil wir der Meinung waren, dass im Interesse der Nachvollziehbarkeit und der Transparenz für den Einwohnerrat in einer ähnlichen Art und Weise, wie wir es jetzt auch von Frau Gemeinderätin Nüssli gesehen haben, die Unterschiede zwischen den beiden Jahren dargestellt werden sollten, so dass man dabei auch sieht, wo diese Veränderungen stattgefunden haben. Aus dieser Sachlage entstand dann auch schnell die Frage: Moment mal, gegenüber dem Vorjahr haben wir eine Ergebnisverbesserung von insgesamt 1.2 Millionen (ich operiere mit runden Zahlen): Budgetdefizit im 2009 von 0.5 Millionen; ein Plus von 0.7 Millionen im 2010, die Differenz sind 1.2 Millionen. Gleichzeitig wird die Rechnung um 2 Millionen entlastet durch den NFA – also wo sind denn diese 800'000 an Differenz? Das haben wir nicht so einfach herausgefunden. Auch da hat uns dann der Finanzverwalter geholfen mit einer detaillierten Zusammenstellung, die ebenfalls auf S. 2 unten steht. Im Einzelnen dargestellt ist, dass verschiedene Veränderungen im Ausgabenbereich, aber auch im Ertragsbereich dazu führen, dass wir die Rechnung mit insgesamt rund Fr. 800'000 mehr belasten. Woher das kommt, hat Frau Gemeinderätin Nüssli auch dargestellt. Es liegt im Wesentlichen an der sozialen Wohlfahrt, bei den Spitex-Beiträgen, dem Sachaufwand im Bauunterhalt, Mietzinszuschüsse, Asylwesen, Wiedereingliederung von Arbeitslosen und dergleichen mehr. Aus diesen Übersichten lassen sich die ins Gewicht fallenden Unterschiede zwischen 2009 und 2010 einfach nachvollziehen. Und wir meinen auch, dies trägt zu einem besseren und ganzheitlichen Verständnis des Budgets bei.

Mit einer gewissen Besorgnis nimmt die Fireko Kenntnis von den sprunghaften Entwicklungen auf der Ausgabenseite für die soziale Wohlfahrt. So sind die eigenen Beiträge an private Haushalte, ausgehend vom Rechnungsjahr 2008 mit 5.8 Millionen, um 30% auf 7.5 Millionen im Budget 2009, und jetzt nochmals um weitere 10% auf 8.3 Millionen im Voranschlag 2010 gestiegen. Auf der Gegenseite, bei den Rückerstattungen Sozialhilfeleistungen von Privaten, wird eine Steigerung von rund 38% auf 3.5 – oder fast 3.6 Millionen – gegenüber dem Voranschlag 2009 budgetiert. Die Kommission teilt diesen Optimismus im Kontext mit den beobachtbaren Entwicklungen im Sozialhilfebereich nur mit einem gewissen Vorbehalt – und antizipiert stattdessen eher eine überproportionale Entwicklung auf der Ausgabenseite.

Die budgetierten Steuererträge für 2010 betrachten wir als realistisch. Dann eine Bemerkung zur Investitionsrechnung: Erneut werden Investitionen in den Fuhrpark der Regiebetriebe im Umfang von gut einer Viertelmillion budgetiert. Die Kommission stellt sich die Frage, ob nicht mit Leasing oder Miete oder irgendwelchen Sharing-Modellen das Kosten-Nutzen-Verhältnis bei nicht-spezifischen Fahrzeugkategorien – also nicht bei der Feuerwehr oder bei Wischfahrzeugen – wirtschaftlicher wäre. Die Fireko schlägt deshalb vor, diese Option für normale Liefer- und Personenwagen zu überprüfen.

Bei den Spezialfinanzierungen haben wir eine besondere Bemerkung bei der Wasserrechnung. Im Budget der Wasserversorgung sind weitere Fr. 80'000 Abschreibungen auf einen Bilanzfehlbetrag eingestellt. Ende 2008 ist die Vorschuss-Restanz der Gemeinde mit rund Fr. 273'000 ausgewiesen. Mit den für 2009 budgetierten Fr. 114'000 und der Amortisationsrate für 2010 beläuft sich der Bilanzfehlbetrag aber immer noch auf Fr. 80'000. Unter Berücksichtigung dieser dünnen Eigenkapitaldecke und dem bescheidenen Eigenfinanzierungsgrad stellt sich die Kommission deshalb die Frage, ob eine Gebührenerhöhung zur Verbesserung der Finanzlage dieser Spezialfinanzierung nicht früher ins Auge zu fassen wäre, als sie vom Gemeinderat für 2012 vorgesehen ist.

Ich komme zum Schluss unseres Berichts: Die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission beantragt dem Einwohnerrat

1. den Voranschlag 2010 für die Einwohnergemeinde Allschwil zu genehmigen,
2. den Steuersatz für die Einkommens- und Vermögenssteuer der natürlichen Personen für das Jahr 2010 unverändert auf 58% der Staatssteuer festzulegen, und
3. die Steuersätze der Ertrags- und Kapitalsteuer der juristischen Personen für das Steuerjahr 2010 unverändert festzulegen und
4. die Feuerwehersatzabgabe für natürliche Personen ebenfalls unverändert auf 6% der Gemeindesteuer festzulegen.

Der vorliegende Bericht wurde von der Kommission am 5. November einstimmig genehmigt.

Armin Bieri, Präsident: Vielen Dank für die Ausführungen. Wir sind immer noch beim Eintreten. Ich frage den Rat, ob das Eintreten bestritten ist. – Das scheint nicht der Fall zu sein. Damit ist das Eintreten beschlossen und wir kommen zur Beratung der verschiedenen Budgetpostulate. Da darf ich das Wort gleich wieder Hans-Peter Tschui geben, und zwar zu Geschäft 3874B zu den einzelnen Budgetpostulaten.

486 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1.1.1

Stellungnahme des Gemeinderates vom 24.11.2009 und Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 27.11.2009 zu den Budgetpostulaten, Geschäft 3874B / C

Hans-Peter Tschui, Präsident Finanz- und Rechnungsprüfungskommission: Die Fireko hat die eingereichten Budgetpostulate an ihrer Sitzung vom 25. November beraten und erläutert ihre Einschätzungen und Empfehlungen zuhanden des Einwohnerrates in ihrem Bericht 3874C.

Pos. 589-365, Beiträge an private Institutionen, Budget-Postulat von Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion. Beurteilung der Kommission: Die Position ist gegenüber dem Budget 2009 bereits um Fr. 3'500 erhöht worden. Die Einwohnergemeinde Allschwil fördert die Integration aller Zuzüger in vielfältiger Weise. Es ist in der Kommission umstritten, ob zusätzliche Beiträge an private Institutionen gesprochen werden sollen. Die Kommission spricht sich knapp – mit 3 Ja-Stimmen gegen 2 Nein und 2 Enthaltungen – für die Überweisung dieses Postulats aus.

Pos. 113.437, Gemeindepolizei, Bussen, von Josua Studer. Beurteilung der Fireko: Das Budget für Bussgeldeinnahmen wurde aufgrund der Mitte 2009 effektiv verhängten Sanktionen auf das ganze Jahr hochgerechnet. Die Erhöhung im Fr. 11'500 erfolgt nicht willkürlich, sondern folgt dem tatsächlichen Geschehen im Form von Gesetzesübertretungen, die zu diesen Bussenmehreinnahmen führten. Empfehlung: Die Kommission spricht sich einstimmig gegen die Überweisung des Postulats aus.

Pos. 620-581, Planwerke, Parkraumbewirtschaftung, von Josua Studer. Beurteilung: Mit dem stetigen Zuwachs an neuen Arbeitsplätzen und dem Zuwachs der Bevölkerung in Allschwil wächst auch der Bedarf an Parkflächen. Es ist weiter damit zu rechnen, dass die strukturellen Veränderungen der an Allschwil angrenzenden Strassenführungen des Kantons Basel-Stadt diese Tendenz eher noch verstärken werden. Es ist deshalb richtig, es ist deshalb wichtig, diese Entwicklung zu analysieren und entsprechende Massnahmen zu projektieren. Die Fireko ist einstimmig gegen die Überweisung des Postulats.

Pos. 300-319, Kulturförderung, übriger Sachaufwand, Josua Studer. Beurteilung: Die Einwohnergemeinde Allschwil pflegt einen partnerschaftlichen Kontakt zu den Städten Pfullendorf (nicht Fullendorf, wie hier irrtümlich geschrieben wurde) und Blaj. Die dabei verfolgten Ziele sind aktiver Austausch zu Themen wie Verwaltungsführung, Kulturaustausch, Integration, demokratische Strukturen und Prozesse usw. Der Gemeinderat budgetiert diesen ungebundenen Aufwand nach den tatsächlich geplanten Aktivitäten. In der Rechnung 2008 waren im Budget Fr. 2'565, im Budget 2009 Fr. 20'000 und im Budget 2010 Fr. 30'500. Die Mittel werden zielgerichtet gesprochen. Die Kommission ist einstimmig gegen die Überweisung dieses Postulats Studer.

Die Budgetpostulate im Zusammenhang mit dem Steuersatz für natürliche und juristische Personen werden separat behandelt gemäss Traktandenliste. Daher komme ich jetzt zu

Pos.700-434, Wasserversorgung, Benützungsgebühren, Budget-Postulat der Fireko. Beurteilung: Mit einer Gebührenanpassung ist die Spezialfinanzierung Wasserversorgung rascher als vom Gemeinderat vorgesehen zu sanieren. Mit einer Gebührenerhöhung in 2010 kann der Bilanzfehlbetrag amortisiert, die Selbstfinanzierung verbessert und Eigenkapital aufgebaut werden. Die Kommission hat, nachdem dieser Bericht abgegeben worden war, die Stellungnahme des Gemeinderates kritisch überprüft und hat auf dem Korrespondenzweg die Beurteilung des Gemeinderates bewertet. Wir kamen zum Schluss, mit 5:2 Stimmen, dass wir das Budget-Postulat zurückziehen. Dies aus folgendem Grund: Wir sind der Meinung,

dass die Wassergebühren, oder der Wasserzins, nicht floaten sollte wie der Schweizerische Aktienindex, sondern dass eine gewisse Kontinuität hineinkommen soll. Es sind drei oder vier verschiedene Kriterien oder Stellgrößen, die im Moment noch verhandelt werden. Unter anderem der Durchleitungspreis der IWB. Da laufen jetzt Verhandlungen bezüglich Neufestsetzung dieses Durchleitungspreises. Mit der Hardwasser AG werden aufgrund der Investitionen in die Aktivkohle-Aufbereitungsanlage sehr wahrscheinlich Anpassungen der Trinkwassergebühren denkbar oder möglich. Eine dritte Unwägbarkeit ist das harmonisierte Rechnungsmodell im Hinblick auf die Abschreibungsvorschriften der Investitionen, und letztlich auch die Anschlussbeiträge bei den Grossüberbauungen. Das hat uns dazu bewogen zu sagen, auch wenn, bei streng betriebswirtschaftlicher Beurteilung, eine Preisanpassung notwendig gewesen wäre, ist es politisch vernünftig, zuzuwarten, bis die Kriterien für die Preisgestaltung beim Trinkwasser definitiv und belastbar sind.

Pos. 342-318, Hallenbad, Dienstleistungen und Honorare, Jérôme Mollat, FDP/GLP-Fraktion. Beurteilung: Potenziale für eine nachhaltige energieeffiziente Warmwasserversorgung des Hallenbads mittels Solartechnologie sind im Zusammenhang mit der Sanierung der Infrastruktur fachmännisch zu untersuchen. Die dafür notwendigen Mittel um Umfang von Fr. 6'000 für eine externe Planungsexpertise sind gut investiertes Geld. Die Kommission ist einstimmig für Überweisung dieses Postulats.

Pos. 780-318, Naturschutz, Dienstleistungen und Honorare, Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion. Beurteilung: Die angesprochene Budgetposition ist gegenüber dem Vorjahr um Fr. 10'000 auf Fr. 28'000 erhöht worden, weil gemäss kantonalen Richtlinien bis Ende 2010 auch Gasheizungen kontrolliert werden müssen. Weil dazu die interne Kapazität fehlt, muss externe zugezogen werden. Das ist das eine. Zur Beurteilung der Sanierungsprojekte Le Letten und Römischloch fehlen sowohl die erforderlichen Kompetenzen wie die entsprechenden Kapazitäten. Der Postulant beantragt deshalb die Verpflichtung eines Gutachters, dem die Beurteilung dieser für die Einwohnergemeinde Allschwil äussert wichtigen Sanierungsprojekte übertragen werden soll. Dafür sollen Fr. 30'000 budgetiert werden, was einem Aufwandäquivalent von ca. einem Personenmonat entspricht bei einem Stundensatz von Fr. 200. Die Kommission ist einstimmig für Überweisung dieses Postulats. Sie verbindet diese Empfehlung mit der Erwartung, dass der Einwohnerrat zeitnah über die Ergebnisse dieses Gutachtens informiert wird.

Pos. 342-318, Hallenbad, Dienstleistungen und Honorare, Barbare Selinger, SP/EVP-Fraktion. Hier die gleiche Beurteilung wie bei Jérôme Mollat. Die Kommission ist einstimmig dafür.

Die beiden letzten Budget-Postulate betreffen wieder Steuersätze und kommen daher später an die Reihe.

Armin Bieri, Präsident: Wir kommen zur Detailberatung der Budgetpostulate. Die Redeordnung ist immer: zuerst der Postulant/die Postulantin, dann der zuständige Gemeinderat, dann der Rat, und dann wird abgestimmt. Ich möchte dem Rat beliebt machen, die beiden Positionen betr. Hallenbad, 3874B.7 und 3874B.9, zusammen zu behandeln.

Josua Studer, parteilos: Ich möchte jetzt gesamthaft zu allen Budgetpostulaten meine Meinung äussern. Das wurde mir schon vor einem Jahr fast verwehrt. Ich finde es richtig, dass man sich gesamthaft über das ganze Traktandum äussern kann, und nicht erst, wenn die einzelnen Positionen kommen. Das ist ja der normale Ablauf, wenn wir ein Geschäft behandeln. Ich staune alle Jahre wieder, dass wir Papiere erhalten, in denen wir alles nachlesen können. Wir wissen aber auch, dass wir Ratsmitglieder haben, die nicht so gerne lesen, und deshalb gibt der Kommissionspräsident seinen Bericht in mündlicher Form wieder. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir ein Geschäftsreglement des Einwohnerrats haben, das Gültigkeit besitzt, und das in § 66 bei der Redeordnung sagt: Der Kommissionsberichterstatter soll auf eine Wiederholung des schriftlichen Berichtes verzichten. Und was jetzt wieder vorgetragen wurde, war Punkt für Punkt das, was wir alle lesen konnten. Ich finde es beschämend, dass wir so viel Zeit dafür verschwenden.

Zu den einzelnen Budgetpostulaten: Ich bin erstaunt, wie wenige eingegangen sind. Grundsätzlich ist das eigentlich ein Zeichen, dass wir ein sehr gutes Budget vorgelegt bekommen haben von der Gemeinde. Man sieht auch ganz klar, dass es in den letzten Jahren Verbesserungen gegeben hat. Man sieht ganz klar, dass in der Finanzabteilung bessere Strukturen gelebt werden. Es wird also besser gespart, besser geschaut, wo man noch etwas einsparen kann. Aber trotz alledem, wenn man das Budget genauer unter die Lupe nimmt, findet man immer noch Sachen, die man in Frage stellen kann. Und ich finde es einfach schade, wenn der Rat sich nicht Zeit nimmt, diese Budgets richtig zu lesen und gewisse Punkte herauszustreichen und zu hinterfragen. Denn so erhält auch der Gemeinderat die Möglichkeit, uns

nähere Informationen zu liefern, damit wir mehr Verständnis dafür haben, warum bei einzelnen Positionen so viel Geld ausgegeben wird. Ihr seht ganz klar, bei meinen Budget-Postulaten, die ich eingereicht habe, hat sich der Gemeinderat irrsinnig viel Mühe gegeben und mir detailliert Auskunft gegeben, Erklärungen gegeben, hat Zahlen geliefert – und schon allein dadurch hat man jetzt mehr Wissen. Hätte ich diese Budgetpostulate nicht gestellt, würden wir eine Menge nicht wissen. Ein Grossteil will einfach keine Budget-Postulate einreichen, weil sie davon ausgehen dürfen, dass die Budget-Postulate abgelehnt werden. Aber, meine Damen und Herren, wir machen hier drin Politik, um etwas zu bewegen, und nicht nur um zu gewinnen. Wir müssen solche Dinge in den Raum werfen, damit der Stein ins Rollen kommt. Und dann wissen wir, was für eine Gemeinderechnung wir haben. Deshalb war ich jetzt einfach der Meinung, dass die Postulate, die ich eingereicht habe, ihre Berechtigung haben. Insbesondere seht ihr ja bereits, was ich im Punkt Bussen-Einnahmen ausgelöst habe. Das hat bereits eine Interpellation zur Folge. Das heisst also, es hat etwas gebracht, auch wenn es heute Abend abgelehnt wird. Ich rede jetzt nicht zum Einzelnen; das ist jetzt einfach ein Hinweis aufs Ganze.

Erstaunt bin ich natürlich, dass Steuersenkungen abgelehnt werden, obwohl wir jetzt Zahlen gesehen haben, wonach das drinliegen würde. Ich bin gespannt, was die einzelnen Votanten sagen werden zu den Ideen von FDP und Susanne Studer und von mir. Ich danke vorerst und melde mich dann zu den einzelnen Posten.

487 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1.1.2

Budgetpostulat SP/EVP-Fraktion, Andreas Bammatter, betreffend Laufende Rechnung, Pos. 589-365 Beiträge an Private Institutionen, Geschäft 3874B.1

Armin Bieri, Präsident: Wir kommen zu den einzelnen Budget-Anträgen. Der erste ist das Budget-Postulat 3874B.1 von Andreas Bammatter. Das Wort hat der Postulant.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: „Mitten unter uns“ – es geht um Integration, und zwar konkret um Integration. Das kostengünstige Angebot des Roten Kreuzes Baselland – ich sage es nochmals: Baselland, also von uns – bietet konstruktive Möglichkeiten der direkten Begegnung an. So kann unsere Kultur 1:1 weitergegeben werden. So werden Sprache und Denken gefördert, und das hilft mit, weitere Kosten, die wir anderenfalls investieren müssten, zukünftig zu vermindern. Der Gemeinderat ist gewillt, nachdem dieses Angebot sehr rege genutzt wird, das Budgetpostulat anzunehmen. Ich gehe auch davon aus, dass es im Interesse des Einwohnerrates ist, einen so wertvollen Beitrag zur wirkungsvollen Integration unserer Mitbewohnerinnen und Mitbewohner zu integrieren, und dass wir uns das leisten können. Da ich vorgängig noch mehr Informationen zum Thema „Mitten unter uns“ an die einzelnen Fraktionen gemailt habe, und da man es letzthin auch im Radio hören konnte, gehe ich auf das Angebot nicht weiter ein. Falls noch Fragen sind, wäre ich da, um sie zu beantworten. Ich bitte um Überweisung des Postulats. Sie folgen damit auch dem Antrag des Gemeinderates und natürlich der Fireko.

Gemeinderat Arnold Julier, Vorsteher Departement Soziale Dienste – Gesundheit: Ich möchte zuerst noch eine Antwort geben auf die Fireko, die sagte, das Konto sei um Fr. 3'500 erhöht worden. Dort geht es rein um eine Beitragsänderung bei der Fachstelle für Schuldenfragen. Die sind von einem wohlwollenden Beitrag zu einem Kopf-Beitrag pro Einwohner übergegangen, und das macht genau diese Fr. 3'500 aus. Das ist eine Veränderung – es gibt natürlich auch immer mehr Menschen, die diese Fachstelle benötigen und auch benützen, und darauf möchten wir natürlich nicht verzichten. Darum mussten und wollten wir diesen Betrag einzahlen.

Nun zum Projekt „Mitten unter uns“. Andreas Bammatter hat das Meiste schon gesagt. Ich möchte nur noch ein paar Zahlen anführen vom Roten Kreuz. Sie rechnen für Allschwil mit 10 bis 15 Stellenprozenten, die bei ihnen an Projektkosten anfallen, also für Personal, Spesen, Einführungskurs, Infrastruktur, sonstiger Betriebsaufwand, zusammen rund Fr. 20'000 pro Jahr für Allschwil. Sie wären wirklich froh, wenn wir diese Fr. 5'000 – das ist natürlich nur ein kleiner Beitrag an die 20'000 – beisteuern würden. Der grösste Teil ihrer Arbeit beinhaltet die Vernetzung innerhalb der Gemeinde, eine sorgfältige Abklärung auf Seiten der fremdsprachigen Familien, wie auch der Schweizer Gastfamilien und Gastpersonen – und selbstverständlich dann die Vermittlung und die andauernde Begleitung. Wichtig zu erwähnen ist auch – das hat Andreas Bammatter schon gesagt – dass Besuchskontakte zu einer

früheren Förderung beitragen, was auch von verschiedenen Fachstellen bestätigt wird. Das betrifft insbesondere den Spracherwerb und die soziale Integration. Es ist eine Unterstützung, die auch mögliche Folgekosten vermeidet, speziell auch für ganze Familien, die speziell eingebunden werden, und insbesondere für die fremdsprachigen Mütter. Die Gastfamilien engagieren sich freiwillig, sie erhalten keine finanzielle Entschädigung. Sie werden einfach eingeführt in die Arbeit. Sie erhalten eine Weiterbildung und einen so genannten Sozialzeit-Ausweis, den es ja heute neu gibt, und ab und zu ein kleines Geschenk. Die Schulen und Kindergärten von Allschwil haben es sehr bedauert, dass wir ausgestiegen sind, nachdem das im Jahr 2007 als Projekt angelaufen war, und sie haben nach wie vor Anfrage bei der Koordinatorin. Sie haben es auch weiterverfolgt, aber auf ganz kleiner Flamme. Also man kann damit rechnen, dass Sprachunterrichtskosten in den Kindergärten und der Primarschule reduziert werden können, und dass auch die Integration innerhalb dieser Familien stattfindet. Auch die Fachstelle für Integration Baselland unterstützt dieses Projekt und findet das Konzept sehr gut. Der Gemeinderat ist für Entgegennahme des Postulats.

Armin Bieri, Präsident: Da der Gemeinderat bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen, bräuchte es einen Gegenantrag, falls eine Diskussion gewünscht wird.

Cedric Roos, SVP-Fraktion: Wir von der SVP-Fraktion stellen diesen Gegenantrag, und ich werde auch gleich begründen, warum. Es wird zwar immer wieder gesagt, dass es sich bei diesem Projekt um eine private Organisation handle. Das ist grundsätzlich nicht ausgeschlossen. Aber wir möchten nicht Geld als Blankoscheck an private Organisationen herausgeben ohne Leistungsvereinbarung, und ohne darauf Einfluss nehmen zu können. Weiter wird auf das Projekt schon hingewiesen in der Beantwortung des Postulats von Sarah Lorenz, und zwar steht dort ganz klar, dass zurzeit nur sechs Gastfamilien an dem Projekt beteiligt sind. Und wir finden, Fr. 5'000 für sechs Familien – das ist nicht verhältnismässig. Und weiter existiert auch eine Warteliste, das heisst, das Projekt ist nicht für alle zugänglich. Darum lehnen wir das ab.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Wir von der CVP-Fraktion haben das Budget-Postulat auch eingehend diskutiert und besprochen. Die Mehrheit unserer Fraktion begrüsst diese Integrationsbemühungen. Die CVP-Fraktion stimmt darum dem Budget-Postulat zu. Es gab allerdings auch kritische Stimmen, die in diese Richtung gehen, die Herr Roos gerade ansprach, nämlich dass man sehr wenig Konkretes darüber weiss, was mit den Fr. 5'000 eigentlich passiert, und man hätte an und für sich gewünscht, dass man dazu noch genauere Informationen erhält. Und wir waren zum Teil auch der Meinung, dass andere Vereine wesentlich mehr Mühe haben, an einen 5'000-Franken-Beitrag von der Gemeinde zu kommen. Aber trotzdem – mehrheitlich begrüssen wir das Budget-Postulat und beantragen darum auch Zustimmung.

Werner Schwarz, SVP-Fraktion: Ich als Schulrat weiss, was wir in der Schule alles leisten, damit die Kinder Deutsch lernen mit DaZ-Stunden. Wir hatten auch eine eigene Klasse, speziell nur für Kinder, die vom ATLAS kommen, also kein Wort Deutsch können, und die aus anderen Kulturen kommen. Wir meinen einfach, wir müssen den Fokus darauf richten, auf die Schule. Lieber dort vielleicht noch mehr DaZ-Stunden, mehr Unterstützung anbieten, als dass wir einer anderen Organisation Geld geben, von dem wir nicht genau wissen, wie es dann eingesetzt wird. Darum lehnen wir wie gesagt das Postulat ab.

Rita Urscheler, Fraktion Grüne: Wir von den Grünen unterstützen das Postulat von Herzen. Wie ich an dieser Stelle schon vor einem Jahr sagte: Es ist sehr wichtig, dass derartige Projekte gefördert werden. Gerade als Antwort auf dich, Werner Schwarz, es ist sehr viel billiger, wenn man so etwas ausserhalb der Schule macht. Also mit knapp tausend Franke pro Familie kommt man innerhalb der Schule nicht sehr weit. Und ich finde es schön, dass es jetzt von mehr Fraktionen unterstützt wird als an gleicher Stelle vor einem Jahr. Darum möchten wir dem Postulat zustimmen und freuen uns auf eine positive Abstimmung.

Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion: Zu dem möchte ich nicht mehr viel mehr sagen. Was mir aufgegangen ist im Nachfeld der Minarett-Initiative – ich möchte nicht lange bei diesem Thema bleiben, aber einfach ein Gedanke: Die Schweiz nervt sich anscheinend über Leute, die unsere Kultur nicht genug schätzen, oder irgendwas in dieser Richtung. Jedenfalls haben diese Leute Sprachkenntnisse, aber scheinbar werden die Schweizer nicht genug verstanden. Ob man dieser Interpretation nun folgen kann oder nicht – jedenfalls führt man die Leute nicht in unsere Kultur ein nur mit Deutschunterricht. DaZ ist

super – aber wer wissen will, wie die Schweiz tickt, der ist an einem Mittagstisch genau am richtigen Ort. Dort merkt er, was man tun kann, was man nicht tun kann, wie man miteinander umgeht. Und wenn es Differenzen zu seinem Herkunftsland gibt, wird er dort darauf aufmerksam und kann davon lernen. Das ist gut investiertes Geld.

Armin Bieri, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Wir kommen zur Abstimmung.

://:

Das Budget-Postulat wird mit 23 Ja, bei 11 Nein und 3 Enthaltungen, überwiesen.

488 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1.1.3

Budgetpostulat Josua M. Studer, betreffend Laufende Rechnung, Pos. 1 Öff. Sicherheit / 113 Gemeindepolizei Konto 113-437.00 Bussen, Geschäft 3874B.2

Josua Studer, parteilos: Mit diesem Budget-Postulat möchte ich einfach etwas bewirken: dass wir nicht so einen hohen Fixbetrag im Budget haben, nur weil der Gemeinderat sagt, in der letzten Rechnung haben wir so viel an Einnahmen gemacht, also budgetieren wir es wieder in dieser Höhe. Grundsätzlich macht man es ja schon so, dass man Einnahmen und Ausgaben auf das letzte Jahr hin anschaut. Aber bei Bussen-Geld finde ich das nicht angebracht. Denn man sollte ja eigentlich davon ausgehen, dass Bussen einen Lerneffekt ausüben, sprich, wenn jemand gebüsst wurde, sollte er den gleichen Fehler nicht wieder machen. Deshalb stelle ich mir natürlich ganz logisch die Frage: Wieso hat man die gleiche, oder sogar eine höhere Einnahme zu erwarten? Es wäre doch auch möglich, dass man umgekehrt sagt, wir rechnen mit weniger – und wenn wir dann mehr hätten, weil es einfach so viel mehr gibt, dann haben wir ein positives Ergebnis in der Rechnung. Wir beschönigen jetzt eigentlich unser Budget, indem wir mehr Einnahmen planen gegenüber den hohen Ausgaben. Dann sieht es auf dem Papier toll aus, aber das soll einfach nicht sein. Ich werde einfach den Verdacht nicht los, dass anhand einer Budgetvorgabe Bussen generiert, sprich Extra-Kontrollen gemacht werden. Deshalb bin ich nun gespannt auf die Beantwortung meiner Interpellation, und ich hoffe, dass ihr diesem Budget-Postulat zustimmt.

Gemeinderat Thomas Pfaff, Vorsteher Departement Einwohnerdienste – Sicherheit: Der Gemeinderat hat es schon geschrieben, und ich wiederhole es gern nochmals: Die Tätigkeit der Gemeindepolizei auf ihren Patrouillen orientiert sich nicht an einem Budget. Man kann selbstverständlich diesen Betrag reduzieren, aber dann würden wir nicht „beschönigen“, sondern das Budget verfälschen. Denn wir haben budgetiert aufgrund von Erfahrungswerten. Und es wäre ja wünschenswert, wenn es jedes Jahr weniger Leute geben würde, die eine Übertretung begehen. Aber leiden tun das die Leute, die im fließenden Verkehr unterwegs sind, nicht. Wir werden auch nächstes Jahr wieder eine ganze Menge haben, die zu schnell fahren. Wir werden auch nächstes Jahr eine ganze Menge haben, die sich nicht an die Regeln der blauen Zone halten. Wir werden auch nächstes Jahr Leute haben, die, obwohl sie gebechert haben, trotzdem fahren. Ich bin mir sicher, dass wir auch im nächsten Jahr Bussgeldeinnahmen haben werden, wie wir sie dieses Jahr hatten. Wir werden weder weniger noch mehr Patrouillentätigkeit machen, und wir werden auch nicht – und das haben wir noch nie gemacht – im Herbst nachschauen, wie viel wir schon eingenommen haben und dann dementsprechend die Patrouillentätigkeit erhöhen oder reduzieren, sondern es ist einfach schlicht das ganze Jahr über, in jedem Monat, in jeder Woche, ein Gemeindepolizist ca. zu 50% unterwegs. Und wenn er dort Verfehlungen feststellt, dann werden diese geahndet. Von dem her ist es dem Gemeinderat letztendlich egal, ob Sie das Budget abändern in dieser Position. Bei der Rechnung wird sich nichts daran ändern. Sie dürfen damit rechnen, dass es ca. Fr. 92'000 an Busseinnahmen sein werden, sofern sich die Bevölkerung nicht grundsätzlich in ihrem Verhalten im ruhenden und fließenden Verkehr ändert

Armin Bieri, Präsident: Es hat keine weiteren Wortmeldungen. Wir kommen daher zur Abstimmung.

://:

Das Budgetpostulat wird mit 33 Nein, bei 3 Ja und 1 Enthaltung, nicht überwiesen.

489 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1.1.4

Budgetpostulat Josua M. Studer, betreffend Investitionsrechnung, Pos. 6 / 620
Gemeindestrassen/Werkhof Konto 620-581.00 Planwerte, Unterkonto 620-581.01
Parkraumbewirtschaftung, Geschäft 3874B.3

Josua Studer, parteilos: Wir haben hier drin schon ein paar Mal über die Parkraumbewirtschaftung diskutiert, und wir waren uns eigentlich jedes Mal einig, dass wir in Allschwil nicht so betroffen sind wie Gemeinden im Leimental. Denn es kommt kaum einer extra nach Allschwil, um zu parkieren, und fährt dann von hier aus mit dem ÖV in die Stadt, weil nämlich der Weg für ihn dann viel zu lang ist. Wenn man aber eine Parkraumbewirtschaftung umsetzen wollte, müssen wir hier nicht extra Experten einsetzen, sondern wir generieren ganz einfach Blaue Zonen. Und wir wissen, wie man das machen kann mit Parkkarten. Es gibt da genügend Erfahrungen in den umliegenden Gemeinden. Hier wird jetzt einfach wieder jemandem Geld zugeschoben, das uns dann in der Kasse fehlen wird. Wir wollen doch nicht immer so traurige Gesichter sehen bei der Darlegung der Rechnung. Deshalb sollten wir dem nicht zustimmen. Und wenn es dann so weit wäre, kann man locker einfach Blaue Zonen machen; dafür wir nicht extra Experten einsetzen.

Gemeinderat Thomas Pfaff, Vorsteher Departement Einwohnerdienste – Sicherheit: Ich glaube, ich muss den schriftlichen Ausführungen des Gemeinderates nicht mehr viel hinzufügen. Nur Folgendes: Wir können es strukturiert und gezielt machen. Oder wir können einfach drauflos wursteln, indem wir irgendwelche Parkkarten verteilen, und uns nachher wundern, wenn es nicht so funktioniert, wie wir es uns vorgestellt haben. Von dem her würde ich sehr gerne Fachleute beiziehen, damit wir es richtig machen.

Armin Bieri, Präsident: Es hat keine weiteren Wortmeldungen. Wir kommen daher zur Abstimmung.

://:

Das Budget-Postulat wird mit 35 Nein, bei 2 Ja, nicht überwiesen.

490 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1.1.5

Budgetpostulat Josua M. Studer, betreffend Laufende Rechnung, Pos. 3 Kultur und Freizeit / 300 Kulturförderung Konto 300-31 Sachaufwand Unterkonto 300-319.00
Übriger Sachaufwand, Geschäft 3874B.4

Josua Studer, parteilos: Vorhin wurde gesagt, dass das Budget anhand von erlebten Zahlen gemacht wird. In der Antwort auf mein Budget-Postulat gibt der Gemeinderat zu wissen, dass das Geld nicht immer gebraucht worden sei, und deshalb solle man schon gar nicht so viel budgetieren. Weiters gibt es immer einen Grund, wenn man etwas umsetzen will. Es ist einfach nicht richtig, dass wir jetzt die ausgewählte Stadt Blaj derartig gegenüber anderen Sachen vorziehen. Zuerst sollten wir mal bei uns in der Gemeinde schauen, dass wir das Geld hier einsetzen, und es nicht immer ins Ausland schicken. Das ist jetzt einfach etwas, über das wir geschwiegen und diesbezüglich letztes Jahr auch nichts eingebracht haben. Aber jetzt ist mir doch der Kragen geplatzt darüber, dass schon wieder eine grosse Fête organisiert wird. Vorher war es Pfullendorf, jetzt ist es wieder Blaj, Blaj war schon mal an der Reihe. Ich finde es schade, dass das Geld jetzt einfach so dorthin gegeben wird, obwohl es das letzte Mal, als wir über dieses Thema diskutierten, ganz klar hiess, dass ein grosser Teil der Meinung war, dass das von der privaten Organisation übernommen werden sollte und nicht immer nur durch die Gemeinde. Und die

Gemeinde sagte, sie werde nur die Leitung übernehmen. Aber jetzt wird wieder mehr getan, als nur die Leitung zu übernehmen. Ich bitte euch, das Budget-Postulat zu überweisen.

Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber: Ich habe Routine zu diesem Thema – schon länger. Und es ist interessant, dass es doch immer wieder kommt. Ich möchte klarstellen: Wir zahlen kein Geld nach Blaj, wie das jetzt formuliert wurde. Keinen roten Rappen, die Blajer wollen das auch nicht. Wir machen nichts anderes, als mit denen einen partnerschaftlichen Austausch zu feiern. Jetzt haben wir das Jahr 2010, das ansteht, und im 2010 haben wir mit Blaj das 20-jährige Jubiläum, genau gleich wie wir dieses Jahr das 20-jährige Jubiläum mit Pfullendorf hatten. Wir möchten die Gelegenheit nutzen, das Jubiläum auch entsprechend würdig begehen zu können. Darum haben wir diese Budgetposition aufgestockt – einmalig zwecks Jubiläums. Es ist klar – und das möchte ich einmal festhalten – dass wir kein Geld dort hinunterschicken. Aber wenn wir einen Besuch von Blajern und Blajerinnen hier in Allschwil haben wollen, damit sie ihre Partnerstadt auch einmal besuchen können, dann sind die finanziellen Konsequenzen für die Leute dort nicht tragbar für die Reise, und entsprechend haben wir hier einen Budgetbetrag eingestellt. Und ich denke, das ist das Mindeste der Gefühle, das man sich in einer Partnerschaft leisten darf, gerade wenn man das 20-jährige Jubiläum hat. Ich bitte Sie also, den Budget-Antrag abzulehnen.

Armin Bieri, Präsident: Es hat keine weiteren Wortbegehren. Also kommen wir auch da zur Abstimmung.

://:

Das Budget-Postulat wird mit 25 Nein, bei 8 Ja und 3 Enthaltungen, nicht überwiesen.

Armin Bieri, Präsident: Das Budgetpostulat 3874B.6 [Traktandum 1.1.6] ist zurückgezogen worden. Wir kommen zum B.7 zusammen mit B.9. Wir hatten ja vorhin gesagt, dass wir diese gemeinsam behandeln.

491 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1.1.7

Budgetpostulat Jérôme Mollat, FDP/GLP-Fraktion, betreffend Pos. 342-318
Hallenbad, Dienstleistungen und Honorare, Geschäft 3874B.7

492 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1.1.8

Budgetpostulat Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion, betreffend Pos. 342-318.00
Hallenbad, Dienstleistungen und Honorare, Geschäft 3874B.9

Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion: Es ist schriftlich ausgeführt. Ich hatte einfach die Idee von Jérôme Mollat dermassen genial gefunden. Damals konnten wir einander nicht kontaktieren. Und zur Sicherheit, damit es ja in Budget kommt, habe ich genau das Gleiche auch nochmals formuliert. Also man sieht, ich kann nicht mehr viel dazu sagen. Es ist eine geniale Idee. Und der Gemeinderat will es ja sowieso entgegennehmen, also muss ich auch nichts mehr sagen.

Gemeinderat Christoph Morat, Vorsteher Departement Hochbau – Raumplanung: Ich habe Ihnen bei der Überweisung des Postulats Mollat im letzten Monat bereits gesagt, dass wir bereit sind, das Budget-Postulat so entgegenzunehmen. Wir haben eine verbindliche Offerte eines Planers, und ich denke das Geld reicht aus, und das ist auch sehr gut investiert. Wir können das gar nicht aus eigener Kraft machen, weil uns a) die Kapazitäten ein wenig fehlen auf der Verwaltung, und b) braucht das ein sehr hohes, ganz besonderes Know-how, und ich glaube das ist dort gut aufgehoben, und es ist gut investiert. Ich bitte Sie, diesem Budget-Postulat zuzustimmen.

Armin Bieri, Präsident: Da der Gemeinderat das Postulat entgegennehmen möchte, braucht es einen Gegenantrag, wenn eine Diskussion gewünscht wird.

Werner Schwarz, SVP-Fraktion: Vielleicht habe ich jetzt nicht aufgepasst: Also Frau Selinger zieht ihr Postulat zurück? Bei dem ihrigen soll ja mehr ausgegeben werden als bei dem von Herrn Mollat.

Armin Bieri, Präsident: Nein, die beiden Postulate werden zusammen behandelt. Es ist nichts zurückgezogen worden. Es geht um die gleiche Budget-Position und um den gleichen Betrag. Es ist identisch.

Werner Schwarz, SVP-Fraktion: Das von Herrn Mollat, das mit den Fr. 6'000, möchten wir gern überweisen.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Ich habe eine Frage wegen der zwei verschiedenen Beträge – einmal 8'000, einmal 6'000.

Armin Bieri, Präsident: Beim einen wird die zusätzliche Summe genannt, beim anderen der Gesamtbetrag, am Schluss ist es der gleiche Betrag. Das Total ist bei beiden Fr. 8'000. – Ist das jetzt so gut für alle? Dann gibt es also keinen Gegenantrag?

Damit ist das Postulat überwiesen.

Die Zeit ist schon fortgeschritten. Wir machen jetzt Pause bis Viertel vor.

PAUSE

INFO-FENSTER des Gemeinderates

Gemeinderat Christoph Morat, Vorsteher Departement Hochbau – Raumplanung: In dieser Adventszeit erwarten ja alle immer gute Nachrichten, und ich muss jetzt ein wenig den Kopf einziehen. Ich habe Ihnen zwei nicht so gute Nachrichten, vielleicht sogar schlechte Nachrichten. Am 7. Dezember 2009 ist im Hallenbad unsere Kassenanlage „abgegeben“. Das Modell gibt es nicht mehr. Es war 1999 im Zuge einer Sanierung dort installiert worden. Weil wir dort eine Submission beachten mussten, erhielten wir damals ein Modell, das leider heute nicht mehr unterstützt wird. Wir müssen diese Kasse neu aufbauen. Es gibt dort also eine komplette Neuanlage, und das wird Kosten von ca. Fr. 80'000 nach sich ziehen, inklusive Installation der elektrischen und Telefonleitungen etc. Der Gemeinderat hat an seiner Sitzung heute Nachmittag beschlossen, das sofort an die Hand zu nehmen, weil hier doch eine gewisse Dringlichkeit gegeben ist. Sie werden zu gegebener Zeit über die tatsächliche Kostenfolge informiert, nötigenfalls dann auch mit den Begründungen in der Rechnung.

Die zweite Nachricht ist auch nicht so gut. Heute Vormittag hat das Verwaltungsgericht Baselland unter dem Vorsitz der Gerichtspräsidentin Frau Preiswerk die Beschwerde der Firma Erne gegen den Vergabeentscheid der Gemeinde Allschwil in Sachen Feuerwehrmagazin gutgeheissen. Was heisst das? Die Gemeinde Allschwil hatte einem Unternehmer den Zuschlag erteilt, und ein Konkurrent hat gegen diesen Entscheid Beschwerde erhoben. Diese wurde jetzt vor Gericht gutgeheissen. In der schriftlichen Urteilsbegründung wird dann die Gemeinde voraussichtlich angewiesen, den Zuschlag zurückzunehmen und an die Firma Erne zu verfugen. Im Moment ist es sicher zu früh, um das Urteil zu kommentieren. In einer ersten Lagebeurteilung hat der Gemeinderat heute, trotz grosser Enttäuschung, aber auch Chancen ausgemacht, dass das Feuerwehrmagazin im Jahr 2010 endlich – selbstverständlich unter Berücksichtigung der von Ihnen bewilligten Kosten und dem heutigen Stand der Technik (state of the art, wie es so schön heisst) und dem Qualitätsbewusstsein der Unternehmer – gebaut werden kann. Mehr kann ich dazu zum heutigen Zeitpunkt leider nicht sagen.

Gemeinderat Robert Vogt, Vorsteher Departement Tiefbau – Umwelt: Ich habe gute Nachrichten zu verkünden aus dem Tiefbau, nämlich: Wir werden ab nächstem Jahr, Januar 2010, eine kombinierte Grünabfuhr einführen in Allschwil. Das werden wir systematisch in den nächsten Tagen und Wochen kommunizieren, wie das funktioniert, was auf Sie zukommt, welche Möglichkeiten bestehen, und mit welchen Kosten zu rechnen ist. Vorbehältlich des Budgets, das Sie heute genehmigen werden, wird dann auch der entsprechende Beitrag der Gemeinde an diese Sammlung geleistet. Wir freuen uns sehr, und ich denke, das ist doch ein entscheidender Schritt in eine ökologische Richtung.

Die zweite Nachricht betrifft eine kleinere Angelegenheit. Unsere Brunnen im Dorf sind während eines halben Jahres nicht geflossen weil eine Leitung geplatzt war. Wir konnten das aber jetzt im Dezember reparieren, und deshalb fliessen die Brunnen wieder nach alter Gewohnheit. Soweit die Meldungen aus dem Tiefbau.

Armin Bieri, Präsident: Wir kommen zu den dringlichen Interpellationen. Die erste ist von Josua Studer. Das Wort hat der Interpellant.

Josua Studer, parteilos: Wir vom Einwohnerrat haben auf Empfehlung der VPK dem Verpflichtungskredit für die Buslinie 48 zugestimmt. Wir haben dort aber zusätzlich gewünscht, dass der Bus ganztägig fahren soll und auch Samstag/Sonntag. Wie ihr heute gehört habt, ist das allem Anschein nach in ziemlich weite Ferne gerückt worden. Der Gemeinderat hat uns damals informiert, dass das jetzt nicht kommen werde, weil darüber noch paritätische Kommissionen befinden müssen. Aber wir im Einwohnerrat haben klar beschlossen, dass in der Parkallee/Ecke Spitzwaldstrasse eine Bushaltestelle eingerichtet werden soll. Das haben wir beschlossen mit einem Verpflichtungskredit, und ich bin jetzt sehr erstaunt, dass diese Haltestelle nicht eingeführt wurde, obwohl wir das Geld gesprochen haben. Deshalb habe ich dazu drei Fragen gestellt, für deren Beantwortung ich dankbar wäre.

Gemeinderat Robert Vogt, Vorsteher Departement Tiefbau – Umwelt: Es ist so, dass beim Öffentlichen Verkehr die Gemeinde Allschwil nicht direkt kompetent ist, solche Haltestellen-Entscheidungen zu fällen. Wir sind gebunden an Entschlüsse der Kantone Baselland und Basel-Stadt, wie wir später noch hören werden. Deswegen kann ich eigentlich die drei Fragen aus dieser dringlichen Interpellation ganz kurz beantworten.

Wieso wurde der Einwohnerratsentscheid bezüglich der Haltestelle Parkallee nicht umgesetzt? – Das stimmt nicht. Wir vom Gemeinderat aus haben den Entscheid des Einwohnerrats selbstverständlich umgesetzt. Wir haben nämlich am 17. September an das Amt für Raumplanung, Abteilung Öffentlicher Verkehr, einen Brief geschrieben, in dem wir darum bitten, die zusätzliche Haltestelle beim Knoten Parkallee/Spitzwaldstrasse einzuführen, und wir beantragten, den Bus in den übrigen Tageszeiten auch im 30-Minuten-Takt verkehren zu lassen. Mehr ist dem Gemeinderat nicht möglich, weil, wie gesagt, die Kompetenz da beim Kanton Baselland liegt.

Wie weit sind die Gespräche für die Umsetzung des Fahrplatzangebotswunsches? – Da ist klar, im Moment finden keine Gespräche statt. Es ist eher das Gegenteil der Fall; darauf werden wir später noch zurückkommen.

Auf wann kann mit der Anwendung gerechnet werden? – Da ist es so, dass im Moment eben sicher nichts in Aussicht ist, dass der Fahrplan verdichtet oder die Haltestelle eingeführt wird. Mehr dazu später von unserem Gemeindepräsidenten.

Armin Bieri, Präsident: Ich frage den Interpellanten, ob die Antwort befriedigend ist.

Josua Studer, parteilos: Nicht ganz befriedigend. Ich danke trotzdem für die Beantwortung, wünsche mir aber vom Gemeinderat, dass er, wenn der Einwohnerrat etwas beschliesst, nicht bittet, sondern klar fordert. Er hat ja den Einwohnerrat im Rücken, der sagt: Wir wollen, dass das umgesetzt wird. Somit ist das eine Forderung und nicht eine Bitte.

Armin Bieri, Präsident: Wir kommen zur zweiten dringlichen Interpellation von Siro Imber. Der Interpellant verzichtet auf das Wort.

Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber: Ich danke zunächst Siro Imber bestens für diese dringliche Interpellation. Das ist schon etwas, was uns heute enorm beschäftigt, und wozu ich ja auch schon den Medien Auskunft geben durfte. Es geht darum, dass heute in der Budgetdiskussion der Grosse Rat Basel-Stadt die Fr. 120'000 für die Buslinie 48 aus dem Budget herausgestrichen hat. Vielleicht haben Sie das schon gehört. Jetzt gehen natürlich die Wogen hoch. Und darum fange ich gerade mit dem höchsten Teil der Wogen an. Die Partnerschaft ist nicht gefährdet. Wir fühlen uns trotz allem mit Basel verbunden. Und wir sind auch in bestem Einvernehmen mit der Regierung, insbesondere mit Hans-Peter Wessels, der für das Geschäft zuständig ist, wenn es darum geht, die Entwicklung in Basel-West, sei das mit dem Gewerbe oder dann auch puncto Verkehr, voranzutreiben. Wir sind aber schon enttäuscht, muss ich sagen, über den Entscheid, der da gefällt wurde im Parlament. Wir sind auch überrascht, dass dieser Entscheid ausgerechnet von der SP ausgelöst wurde und sich gegen den Ausbau des Öffentlichen Verkehrs als solchem richtet. Dafür kann die SP Allschwil nichts, es war die SP Basel-Stadt – damit ich das auch klar deponiert habe. Mich würde es auch ärgern, das gebe ich zu. Aber es zeigt doch auch, dass da vielleicht noch eine, zwei Informationen fließen müssen bei derart wichtigen grenzüberschreitenden Geschäften. Ich komme noch darauf zu sprechen. Ich sage einfach, wenn es um Partnerschaft geht, dann sollte man sie auch im Kleinen leben; und da haben wir jetzt vielleicht gerade eine Chance im Kleinen verpasst. Aber wir können ja noch dazulernen. Ich erlaube mir kurz auch die Strategie des Gemeinderates darzustellen. Es ist klar, dass immer nur von den Strassen geredet wird. Die Strassen sind auch für die Medien höchst interessant. Da kann man das Schwarze und das Weisse einander gegenüberstellen, und dann geht der Kampf um die Meinungen los. Ich stelle fest, dass über den ÖV viel zurückhaltender geschrieben wird und erlaube mir, da die folgende Strategie des Gemeinderates zu definieren. Es liegt auch noch ein Postulat der grünen Fraktion vor, das wir dann beantworten. Der Gemeinderat hat die Strategie, kurzfristige Massnahmen realisieren zu können, mittelfristige Massnahmen vorzubereiten und eine langfristige Strategie zu definieren, wenn es um den Verkehr geht. Wir reden da vom Modal Split. Das heisst, jeder Verkehr ist gleichberechtigt, vom Langsamverkehr – Fussgänger, Velo – bis hin zum Autoverkehr. Wenn wir heute in Allschwil eine Verkehrssituation haben, die tatsächlich eine Belastung darstellt, dann haben wir kurzfristige Massnahmen, die realisierbar sind. Dazu zählen wir unter anderem die Grabenring-Kreuzung, wo wir denken, dass die Sicherheit dort verstärkt werden kann und auch der Durchfluss verbessert werden kann, dies in Form einer baulichen Massnahme. Dazu gehört letztendlich auch die Umgestaltung der Baslerstrasse. Dort steht natürlich das Trassee des Trams im Vordergrund. Aber es gibt auch eine Neugestaltung der Baslerstrasse, so dass wird dort sichere Verkehrsflüsse haben. Mittelfristig suchen wir Lösungen, um das Umsteigen – und jetzt passen Sie bitte alle ganz gut auf – um das Umsteigen vom IV auf den ÖV zu fördern. Wenn wir dieses Umsteigen fördern wollen – das hat sich der Gemeinderat sage und schreibe tatsächlich überlegt – dann müssen wir den ÖV fördern. Der Gemeinderat hat das getan. Wir fordern intensiv an allen Fronten mehr ÖV. Das hat zum Glück jetzt gefruchtet, indem wir mit der Buslinie 48 einen Bus erhalten haben, der unsere Arbeitsplatzgebiete i-parc und Ziegeleien mit dem Bahnhof verbindet, dies zu den Stosszeiten. Eine Forderung, die von allen gewünscht worden war, insbesondere auch von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im linksufrigen Bachgrabengebiet, also im i-parc. Die haben klar bei einer Umfrage der Firma Actelion gesagt, sie steigen um auf den Bus, wenn sie dadurch eine Anbindung haben vom Bahnhof zu den Arbeitsplätzen. Für uns eine grosse Freude. Ein weiterer Punkt: Wir haben die Buslinie 64 – eine absolute Novität für die Gemeinde Allschwil. Wir haben zum ersten Mal eine Tangentialverbindung ins Baselbiet. Wir müssen zum ersten Mal, wenn wir ins Leimental wollen, keine Kurve über den Aeschenplatz und den Bahnhof oder die Heuwaage machen, sondern wir können über Allschwil nach Oberwil – ans Gymeli – Therwil, Reinach, Dornach, Arlesheim und dort auch wieder, notabene, an die SBB fahren – alles mit dem Bus. Wir wollten auch eine Fahrplankontaktdichtung für die Buslinie 38. Diese Fahrplankontaktdichtung ist bis jetzt noch nicht bewilligt worden, sie ist aber auch noch ein Thema. Das sind die Konzepte, die diskutiert worden sind bei der Förderung des Öffentlichen Verkehrs, wobei wir davon ausgehen, dass wir mit dem Bus so rasch wie möglich interessante Linien setzen können, um eben das Umsteigen vom IV auf den ÖV zu fördern. Die Diskussion Tram ist heute im Grossen Rat gefallen, Tramlinie 8. Es wehrt sich niemand gegen die Tramlinie 8. Aber eine Tramlinie 8, die durch die Binningerstrasse, die Fabrikstrasse, durch den Gemeindepark hindurch ins linksufrige Bachgrabengebiet führt, braucht Zeit. Eine Tramlinie 8, die durch die Binningerstrasse, Fabrikstrasse, Baslerstrasse, Parkallee durch den Bachgraben hindurch ins linksufrige Bachgrabengebiet geht, braucht Zeit. Da reden wir nicht von zwei oder drei Jahren, sondern von 10 oder 15 – nebst den enormen Kosten. Wir sind also nicht dagegen. Aber wir müssen es realistisch sehen auf dem Zeitstrahl. Und auch politisch ist das nicht so einfach und schnell zu realisieren. Und wir brauchen heute eine Verkehrsentslastung. Wir fordern heute eine Verkehrsentslastung – es wurde heute gesagt, wir sollen fordern. Darum also: Das eine tun und das andere nicht lassen. Das ist mal ein wichtiger Punkt.

Und jetzt komme ich zur langfristigen Strategie. Es ist letztendlich so: Wir wissen nicht, wohin diese Verkehrsthematik weiter führen wird. Und darum suchen wir auch im IV Lösungen. Lösungen im IV sehen wir beim Zubringer, Lösungen im IV sehen wir in der Umfahrung Allschwil, und Lösungen im IV sehen wir in der Südumfahrung. Da muss ich aber ganz klar sagen: Da reden wir von einem Planungshorizont von zwanzig, dreissig Jahren, und von der Realisierung sind wir noch weit weg. Und alle anderen, die heute über das Thema so diskutieren, als ob wir es morgen realisieren würden, sind der Zeit voraus, und zwar massiv. Aber ich denke, es ist wichtig für uns, dass wir jetzt schon für die Zukunft denken. Dieses Denken ist wichtig von der Strategie her. Ich habe immer gesagt: Wir nehmen für die Verkehrsentlastung alles, was wir bekommen können.

Jetzt hat man uns ein bisschen diese Buslinie 48 weggenommen. Was beutet das erst einmal? Ich kann dazu folgendes festhalten: Der Bus fährt noch. Er fährt jetzt erst seit ein paar Tagen. Aber grundsätzlich: Er fährt noch. Es ist also nicht so, dass er per sofort eingestellt werden wird. Wir werden uns dafür einsetzen – vielleicht auch fordern – dass diese Buslinie weitergeführt wird. Aber dazu werden natürlich wieder mit den beiden Regierungen, die da eben kantonale zuständig sind, mit Regierungsrat Krähenbühl und mit Regierungsrat Hans-Peter Wessels, das Gespräch suchen und Lösungen finden, damit wir die Buslinie so weiterführen können, wie es jetzt angedacht worden ist. Wenn ich die Argumentation angeschaut habe, wie sie im Parlament verwendet wurde, habe ich schon ein bisschen gestaunt. Ein Vertreter aus der Partei, die keine Allschwiler Partei ist, sagte: Das bringt doch alles nichts, dann steht ja der ÖV sowieso im IV herum, also was soll das. Da muss ich schon sagen: Wie will man die Leute zum Umsteigen vom IV auf den ÖV überzeugen, wenn ich gar keinen ÖV zur Verfügung stelle? Das ist eine Argumentation, die ich nicht nachvollziehen kann. Es ist schade, wir müssen das sicher nochmals miteinander besprechen. Dann wurde da eine Diskussion geführt – ich habe das alles aus der BaZ online, ich darf da mal ein bisschen Werbung machen – wo gesagt wurde: Wir haben ja den Ausbau der Linie 2 auch nicht bekommen, warum wollt ihr dann bei Allschwil den ÖV ausbauen. Da muss ich sagen: Das ist ein Argument, das ich zur Kenntnis nehmen kann, aber ob es ganz überzeugend ist, weiss ich nicht. Auch da also Diskussionsbedarf. Dann wurde gesagt: Allschwil hat sich ja auch – und das ist ein Unwort – „eingemischt“ beim Thema Wasgenring. Das ist lustig, wie sich unter Umständen die Wahrnehmung auf der politischen Ebene verändern kann. Ich sage Ihnen: Wir waren eingeladen worden zur Vernehmlassung von der Regierung Basel-Stadt. Und wir haben unsere Vernehmlassung abgegeben. Wenn man diese Vernehmlassung jetzt im Parlament als Einmischung versteht, dann kann man das machen; ich sage einfach hier zuhause dem Einwohnerrat: Wir waren eingeladen zu einer Vernehmlassung und haben unsere Vernehmlassung abgegeben. Jetzt meinen sicher alle, wir hätten eine Vernehmlassung abgegeben für mehr IV. Das ist falsch. Wir haben eine Vernehmlassung abgegeben zum Thema „Warum wollt ihr den Wasgenring zurückbauen – zwei Spuren wegnehmen und die Allee weiterführen? Haltet diese zwei Spuren frei, um den ÖV priorisieren zu können“ – auf diesen beiden Spuren, die nicht mehr dem IV zur Verfügung stehen, sondern wo prioritär der ÖV fahren könnte, unsere Busse, die wir erhofft hatten. Auch da, denke ich, haben wir absolut im Sinne des ÖV agiert. Das Gleiche gilt dann für die Hegenheimerstrasse, das ist die Strasse, die vom Zoll zum Felix-Platter-Spital hinführt. Die grosse Kreuzung dort, die ein Kreisel werden soll – dort haben wir die Bitte angebracht, und die wurde von der Regierung Basel-Stadt auch entgegengenommen (wir haben nicht gefordert, sondern gebeten) dass man dort nach Möglichkeit eine Spezialspur errichtet, ebenfalls um den ÖV priorisiert über diese Kreuzung hinüberfahren zu lassen. Also, ich weiss nicht, was man noch mehr für den ÖV bitten und betteln soll, als wir das getan haben. Und da meine ich einfach: Wir waren eingeladen, und wir haben diese Meinung im Rahmen der Einladung abgegeben, partnerschaftlich, konstruktiv. Und wir waren der Meinung, dass das am Ende eine Win-win-Aktion sein würde, nämlich für das ganze Basel-West. Ich darf nämlich sagen, letztendlich sind die Interessen in den Wohngebieten Basel-West und im Arbeitsplatzgebiet Allschwil identisch. Es geht nicht nur um die Arbeitsplatzgebiete in Allschwil, es geht auch um die Wohnquartiere in Basel-West, die mit enormem Such- und Kriechverkehr und sonstigem belastet sind, und die auch eine Erleichterung erfahren könnten, wenn der ÖV besser frequentiert wäre, und vor allem wenn er besser genutzt wäre.

Zum Schluss möchte ich einfach noch sagen zur partnerschaftlichen Thematik: Wir arbeiten jetzt dann in einem Interreg IV-Projekt zusammen, die Gemeinde Allschwil beteiligt sich mit Fr. 20'000. Interreg IV ist ein Programm des Eurodistrict, in dem Allschwil, Hegenheim, Häisingen, St. Louis, Burgfelden und Basel zusammenarbeiten und wo eine Verbesserung der Verkehrssituation – Modal Split, auch da Schwergewicht ÖV, aber auch IV – diskutiert wird. Und da sitzt man sehr partnerschaftlich am Tisch und sucht nach partnerschaftlichen Lösungen – und am Schluss ist dann einfach die Frage, wie können wir sie leben? Und ich denke, da müssen wir noch ein bisschen die Gespräche miteinander suchen, und ich bin auch sehr zuversichtlich, dass das funktionieren wird.

Wenn ich nun also auf die Fragen eingehe:

1. *Welche Auswirkungen hat dieser Entscheid auf den heutigen und künftigen Betrieb der Buslinie 48?* – Also zum jetzigen Zeitpunkt, das kann ich sagen, da haben wir auch Rücksprache genommen, wird der Busbetrieb noch weitergeführt werden. Allerdings ist klar, die Sicherstellung dieses Busbetriebs, insbesondere für die Zukunft, muss nochmals diskutiert werden zwischen der Landschaft und Basel-Stadt. Ich kann vielleicht auch sagen: Wir haben die Erschliessung von Schönenbuch verbessert mit Kosten aus Allschwil von Fr. 60'000, weil wir nach Busstationen bezahlen; und alle neuen Busstationen ab der Wanderstrasse waren in Allschwil, und Schönenbuch hatte keine zusätzliche Busstation, also mussten sie nichts zahlen. Wir haben für die Besserschliessung von Schönenbuch Fr. 60'000 bezahlt, nachbarschaftlich – allerdings kantonsintern, aber nichtsdestotrotz.

2. *Wie sieht das weitere Vorgehen diesbezüglich beim Gemeinderat und beim Kanton aus? Wie wird die Finanzierungslücke gedeckt?* – Wie gesagt, wir werden das Gespräch suchen, wir werden auf beide Kantone zugehen. Ich darf auch ehrlich sagen, wir haben zu beiden sehr gute Kontakte, ich möchte da gar nicht irgendetwas in ein falsches Licht rücken. Und ich bin überzeugt, dass wir diese Finanzierungslücke werden decken können. Aber das Wie, Siro Imber, das kann ich jetzt noch nicht beantworten, das müssen wir diskutieren.

3. *Welche politische Beurteilung macht der Gemeinderat?* – Da komme ich wieder an den Anfang zurück. Also das ist sicher kein partnerschaftliches Desaster, sondern wir werden garantiert eine Lösung miteinander finden. Ich stelle mich nach wie vor sehr positiv zur Zusammenarbeit mit Basel-Stadt.

Siro Imber, FDP/GLP-Fraktion: Ich danke dem Gemeinderat für die gute und ausführliche Antwort. Für mich war es ein bisschen schockierend. Und ich glaube, es hat da sehr viel Ressentiment mitgespielt wegen der Wasgenring-Geschichte. Ich, der ja immer ein wenig dabei war, auch den Baslern den Standpunkt von Allschwil und vom Kanton näherzubringen, muss da auch ganz klar festhalten: Wir haben nie auf Entscheidungen von Basel-Stadt Einfluss genommen. Das wollten wir auch nie. Wir haben diese auch immer akzeptiert, sehr sogar. Das, was das Volk entschieden hat, das ist zu akzeptieren. Wir haben es dann einfach weitergedacht und gefragt, was machen wir jetzt mit diesem Entscheid, den die Basler gefällt haben, wie gehen wir mit dem weiter um – in einem partnerschaftlichen Sinn. Denn es gibt im Verkehr keine unterschiedlichen Interessen zwischen Basel-Landschaft und Basel-Stadt. Unsere Verkehrsprobleme sind nicht unbedingt eigengemachte von Allschwilern, die nach Basel fahren und umgekehrt, sondern da sind auch Leute, die darum herum sind und auch Unternehmen, die in Basel Leute beschäftigen, die aber gerade nicht in Basel und auch nicht in Allschwil wohnen. Ich bin froh, wenn der Gemeinderat diesen partnerschaftlichen Weg weitergeht und in diesem speziellen Fall auch seiner Enttäuschung ein wenig Ausdruck gibt.

Armin Bieri, Präsident: Wir kehren zurück zur Traktandenliste. Wir haben noch das letzte Traktandum des ersten Geschäfts.

493 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1.1.9

Budgetpostulat Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion, betreffend Pos. 780-318.00
Dienstleistungen und Honorare (Naturschutz), Geschäft 3874B.8

Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion: Es freut mich, dass der Gemeinderat und auch die Fireko das so wohlwollend umschrieben haben, dass man es ja entgegennehmen soll. Ich lege das dem Rat auch ans Herz. Es ist nicht einfach Geld, das wir hinauswerfen. Ihr lest es ja, dass nächstes Jahr ein sehr grosses Projekt ansteht, die Aushebung von Le Letten. Und was da bis jetzt gelaufen ist, war glimpflich gesagt eigentlich eine Schweinerei, was da ging mit dieser Nacht- und Nebelaktion. Die ganzen Abtransporte müssen begutachtet werden. Auch das Abtransportkonzept ist noch nicht da. Das ist sicher auch in verschiedenen Sprachen geschrieben, hauptsächlich in Französisch. und das muss man natürlich richtig interpretieren können: Läuft das richtig, wird das auf dem richtigen Weg entsorgt, wie sich das gehört? Und da ist die Gemeinde selber sicher schlichtweg überfordert. Da braucht man Externe, die das beurteilen können. Und wie ich das sehe, hat sich der Gemeinderat bis jetzt wirklich vorbildlich eingesetzt in den ganzen Geschichten da hinten mit dem Chemiemüll. Und ich hoffe, dass wir so weitermachen

können. Ich hoffe auch, es sei das letzte Mal, dass es ein so hoher Betrag sein muss, so dass es dann im nächsten und im übernächsten Jahr besser läuft. Darum lege ich euch ans Herz, diesen Betrag zu sprechen, damit sie auch wirklich damit arbeiten können.

Gemeinderat Robert Vogt, Vorsteher Departement Tiefbau - Umwelt: Im Namen des Gemeinderates empfehle ich Ihnen, diesem Budgetpostulat zuzustimmen.

Armin Bieri, Präsident: Wenn Diskussion gewünscht wird, braucht es einen Gegenantrag.

Werner Schwarz, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion stellt Gegenantrag.

Josua Studer, parteilos: Ich hätte jetzt keinen Gegenantrag gestellt. Aber ich bin dankbar, dass es gemacht wurde. Es ist so eine Sache: Ich kann dem eigentlich schon folgen, dass man solche Sachen übersetzen sollte, dass man das überwachen sollte. Aber hören wir doch auf zu träumen. Ihr habt gesehen, wie das dort losgegangen ist im Le Letten – es ist einfach etwas gemacht worden. Und glaubt doch nicht, dass die auf uns hören, nur, weil wir jetzt noch ein bisschen mehr unternehmen wollen? Ich glaube, da müsste man dann ganz andere Beträge sprechen, um dann ganz andere Mittel auffahren und etwas ausrichten zu können. Es geht jetzt einfach nur darum: Wir müssen hoffen, dass das gut herauskommt – mehr bleibt uns nicht übrig.

Siro Imber, FDP/GLP-Fraktion: Persönlich muss ich dazu sagen, dass die Gewässer Aufgabe des Kantons sind. Der Kanton muss das überwachen und tut das auch. Die Gemeinde Allschwil überwacht dann etwas, was bereits überwacht wird. Und es gibt ja auch sehr viele Umweltorganisationen, die sich sehr genau mit dieser Sache auseinandergesetzt haben und es ja auch überwachen. Also ich glaube, das Problem ist nicht die Überwachung, sondern das Problem ist ein anderes. Diese Fr. 30'000 auszugeben, meine ich deshalb, ist nicht Sache der Gemeinde Allschwil, denn die werden ja sowieso schon ausgegeben.

Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion: Ich kann nur so viel sagen, dass in Bonfol im Kanton Jura die so genannte Sanierung der bestehenden Deponie *unter jedem Säuli* gewesen wäre, wenn das nicht Dr. Martin Forter, den wir alle kennen hier in Allschwil, überwacht hätte. Er war fast täglich dort und musste denen wirklich auf die Finger schauen, damit das Zeug nicht irgendwohin abtransportiert wurde – vielleicht in einen anderen Wald, übertrieben gesagt. Er war täglich dort und hatte wirklich eine riesige Arbeit, und es ist dort dank ihm, unter anderem, dann ganz seriös abgelaufen. Wir haben ja schon gesehen, solche Nacht- und Nebel-Aktionen – wir können das nicht wagen, für Allschwil, für die Zukunft, auch für unsere Kinder. Es geht ums Wasser, um das Lebenselixier par excellence.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Im Grundsatz können wir uns Siro Imber anschliessen. Nur, das hat auch immer zur Folge: Man hat jetzt einen Experten, der eine Expertise erstellt. Dann brauchen wir einen Experten, der die Expertise vom anderen Experten entschlüsseln kann, und am Schluss brauchen wir vier Experten, um irgendetwas präsentieren zu können, was eigentlich bereits der Kanton tut und andere, und es kommt das Gleiche dabei heraus.

Julia Gosteli, Fraktion Grüne: Nur noch ganz, ganz kurz: Ich möchte dem vehement widersprechen. Ich kenne Herrn Martin Forter seit 30 Jahren. Er ist in Basel, respektive in Allschwil auf dem Rosenberg aufgewachsen, und er redet Deutsch und nicht Fachchinesisch.

Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber: Ich muss dazu etwas sagen. Erstens: Es steht nirgends geschrieben, dass Martin Forter beauftragt wird. Einfach um das einmal zu sagen. Das kann auch jemand anders sein. Zum Zweiten redet Herr Martin Forter kein Kauderwelsch. Er redet Deutsch, und, was ganz wichtig ist, hervorragend Französisch. Denn all diese Expertisen kommen auf Französisch. Und ich spreche ein offenes Geheimnis an, wenn ich sage, dass die Damen und Herren im AUE nicht so gut Französisch können wie Herr Forter. Aber meine zentrale Aussage ist: Es ist nicht zwingend Herr Forter. Zum anderen, wir haben das diskutiert: Es geht nicht unbedingt um das Mitverfolgen der Sanierung

selbst, sondern es geht um die Frage, ob und wie sich die Gemeinde einbringen kann im Bewilligungsverfahren für das Sanierungsprojekt. Also es geht nicht darum, dass wir jemanden an den Grubenrand stellen und überprüfen, wie diese Lastwagen fahren und ob sie an den richtigen Ort fahren. Sondern es geht darum, im Baubewilligungsverfahren nach französischem Recht sich allenfalls einbringen zu können, wenn es darum geht, das Sanierungsprojekt, das Sanierungsbauprojekt durchzubringen. Das ist eine wichtige Klarstellung. Und dann möchte ich zum Schluss noch sagen: Wir machen das nicht zwingend – das möchte ich klar sagen, und das haben wir im Gemeinderat auch so besprochen – weil da ein Betrag im Budget drinsteht. Sondern wir machen das nur, wenn zwingender Anlass besteht, dass man es tun sollte. Und dazu muss ich sagen – es wurde vorhin von Josua Studer gesagt – die Gemeinde Allschwil muss fordern. Man kann natürlich nicht nur dort fordern, wo es einem gerade passt, wenn man das zum Credo erhebt. Aber wir fordern auch hier, dass man nach bestem Wissen und gewissen diese Sanierung vorantreibt und auch plant. Und wenn für uns Handlungsspielraum besteht – aber nur dann – würden wir das Geld einsetzen. Dies einfach zur Klarstellung. Das war die Diskussion, wie wir sie im Gemeinderat geführt haben.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Anton Lauber, ich danke dir. Das ist genau das, was ich auch meine, und was mir schon mehrere Male hier drin besprochen haben. Die Gemeinde Allschwil geht bedarfsorientiert vor und macht das, was sie muss und auch für richtig findet. Denn die Wirkung der umliegenden Gemeinden, die Wirkung der umliegenden Parteien und speziell auch der Interessensgemeinschaften ist leider so, dass da immer wieder abgewiegelt wird. Es ist sinnvoll und notwendig, dass wir ein Auge auf dieser Sache haben. Darum dürfen wir jetzt nicht einfach aufhören, denn steter Tropfen höhlt den Stein – aber das kann ja auch von der anderen Seite her geschehen. Und wenn wir die Geschichte dieser Deponien – schweizweit, vielleicht sogar weltweit – anschauen, dann sehen wir, dass wir da noch etwas aufarbeiten müssen, das die vergangenen Generationen gebracht haben, und wir sind es den zukünftigen Generationen auch schuldig, dies zu tun. Ich würde also sehr, sehr empfehlen, dass wir hier dem Gemeinderat den Handlungsspielraum geben und das im Budget drinlassen.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Auch die CVP-Fraktion ist der gleichen Meinung, wie sie Andreas Bammatter zum Ausdruck gebracht hat. Wir müssen jetzt einfach dafür sorgen, dass diese Deponien korrekt entsorgt werden, damit nicht etwas passiert, was nachher wieder zu Schwierigkeiten führen könnte. Und, wie ebenfalls gesagt wurde, der Betrag ist ja nicht schon ausgegeben, sondern er ist bereitgestellt, und wenn es gebraucht wird, kann man davon nehmen. Ich finde, wir wollten das wirklich unterstützen. Wir wollen ja nun einmal reinen Tisch mit diesen Deponien haben.

Siro Imber, FDP/GLP-Fraktion: Ich muss das wohl missverstanden haben. Ich danke für die Ausführungen des Herrn Gemeindepräsidenten. Jetzt ist mir klar, worum es geht. Ich hatte gedacht, es gehe schon um ein späteres Stadium, in dem man das Geld einsetzen will. Aber nun kann ich nicht nur für mich persönlich, sondern für die ganze FDP/GLP-Fraktion reden, und die stimmt dem Postulat zu.

Armin Bieri, Präsident: Es hat keine weiteren Wortbegehren mehr. Wir kommen zur Abstimmung.

://:

Das Budgetpostulat wird mit 27 Ja, bei 8 Nein und 1 Enthaltung, überwiesen.

Armin Bieri, Präsident: Wenn keine weiteren Wortbegehren mehr vorliegen, dann kommen wir jetzt zur Detailberatung.

Traktandum 1.2 Detailberatung

Traktandum 1.2.1
Voranschlag der Einwohnerkasse

Armin Bieri, Präsident: Möchte Frau Gemeinderätin Nicole Nüssli nochmals das Wort? Dann fahren wir fort.

495 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1.2.3

Budgetpostulat Josua M. Studer, betreffend Laufende Rechnung, Pos. 9 Finanzen Steuern / 900 Steuern Natürliche Personen Konto 900-40 Steuereinkommen Unterkonto 900-400.00 Einkommens- und Vermögenssteuern, Geschäft 3874B.5

Josua Studer, parteilos: Wir sind bei einem heissen Eisen. Ich durfte noch den Wahlkampf führen für die jetzige Zusammensetzung der SVP im Einwohnerrat. Wir haben dort im Wahlkampf ganz klar kommuniziert, dass die SVP nach dem Leitbild der SVP Schweiz lebt und politisiert, und das beinhaltet eine Steuersenkung, wo immer es möglich ist, und nach Möglichkeit keine Gebührenerhöhung. Von dem her, allein um dieses Wahlversprechen einzuhalten, bin ich gezwungen, solche Steuersenkungs-Postulate einzureichen, auch wenn die Chance, damit durchzukommen, sehr gering ist. Insbesondere wenn man gehört, welche Gruppierungen alle nicht mitmachen wollen. Ich bin der FDP dankbar, dass sie mittlerweile auf den Zug aufgesprungen ist und jetzt auch sieht, dass eine Steuersenkung drinliegt, und dass sie die durchbringen möchte. Und ich hoffe, es gibt noch einige, die helfen. Wenn die SVP nach dem Gedankengut, das sie vertreten sollte, lebt, und wenn die CVP hilft, dass wir als bürgerlicher Block zusammenstehen, dann werden wir es hinkriegen. Sollten wir jetzt wirklich ein Prozent heruntergehen, und sollte dies der Rechnung in Allschwil wirklich nicht gut bekommen, dann hätten wir ja die Möglichkeit, das in einem Jahr wieder zu korrigieren. Man darf ja aus Fehlern lernen. Man sollte aber auch etwas probieren. Und wenn es ganz drastisch herauskäme, was wir jetzt beschliessen, dann müssten man eben gezwungenermassen 2 Prozent wieder nach oben gehen, dann wären wir am gleichen Punkt, wie wir jetzt sind, wenn wir die Steuern nicht senken. Es ist aber ganz gut möglich, dass das gar nicht nötig sein wird, und dann haben wir gewonnen. Und wenn wir auch nur ein Jahr lang ein Prozent tiefer sind, dann haben wir etwas getan, um Allschwil attraktiv zu machen. Allschwil wäre im Gespräch. Es sind nämlich auch andere Gemeinden in der Zeitung erwähnt worden, die eine Steuersenkung durchgeführt haben. Warum soll sich Allschwil nicht auch in diese Liste eintragen?

Gemeinderätin Nicole Nüssli, Vorsteherin Departement Steuern – Finanzen: Ich wäre eine ganz, ganz schlechte Finanzchefin, wenn ich mich jetzt mit Händen und Füssen gegen den Antrag wehren würde. Ein Steuerprozent – das sind Fr. 700'000. Rund Fr. 700'000, das habe ich schon mehrfach hier drin gesagt, ich nehme an, alle wissen das bestens. Wenn wir jetzt die Steuern um ein Prozent senken, dann kommt das ganze Ergebnis um Fr. 700'000 herunter. Und genau um diese Fr. 700'000 würde auch die Selbstfinanzierung sinken. Das heisst, in dem gleichen Rahmen würden die Schulden wieder zunehmen, wir müssten uns wieder zusätzlich verschulden. Damit sinkt die Zinsbelastung, und damit haben wir wieder ein schlechteres Ergebnis. Also sie hören heraus, das Budgetergebnis – wir sind im Übrigen jetzt schon nur noch bei Fr. 670'305 Ertragsüberschuss – also minus Fr. 700'000 gibt bereits einen Aufwandüberschuss. Sie sehen: Wir können uns das schlicht und einfach nicht leisten, ganz klar nicht. Wer das Gegenteil behauptet, blendet leider Gottes verschiedene wichtige Gegebenheiten aus. Jetzt muss man dazu noch bedenken: In den vergangenen Jahren gab es bereits verschiedene Steuerentlastungen, beispielsweise die Unternehmenssteuerreform II. Der Kanton schätzt die Mindererträge aus diesen Steuerentlastungen auf Fr. 13.5 Millionen, das heisst 1,5%. Für uns würden 1,5% eine Million bedeuten, eine Millionen, um die das Ergebnis eigentlich wieder schlechter wäre. Der Gemeinderat hat die Situation nicht ganz so pessimistisch eingeschätzt und geht – das haben Sie auf den Folien gesehen – bei den Steuereinnahmen davon aus, dass sie sich in etwa halten und wir nicht mit diesen Mindererträgen rechnen müssen. Aber was nicht ist, kann noch werden, also mit anderen Worten, wir wissen nicht, was in einem Jahr wirklich ist. Wenn das eintreffen würde, dass wir eine Million weniger einnehmen würden, dann wären wir, mit den präsentierten Zahlen gerechnet, bei einem Mehraufwand von rund Fr. 300'000. Und wenn dann noch die Steuern um Fr. 700'000 gesenkt werden, dann gibt das halt eine Million minus, also eine Million Mehraufwand. Damit liegen wir weit, weit weg von unseren finanzstrategischen Zielsetzungen – und schieben vor allem notwendige Investitionen vor uns her, und das

kann ebenso nicht sein. Noch ein Wort zu den Investitionen – es wurde ja noch ein weiteres Postulat eingereicht von der FDP/GLP-Fraktion, das in die gleiche Richtung tendiert, und dort wird so argumentiert, dass man sagt: Die Vorfinanzierungen für die Investitionen konnten jetzt gebildet werden, es ist alles bestens, wir können uns diese Investitionen wunderbar leisten. Das ist eben auch nicht ganz richtig. Vielleicht hört man nicht immer ganz genau zu, oder man will es nicht hören: Die Gemeinde Allschwil weist gemäss Budget 2010 im steuerfinanzierten Bereich eine Selbstfinanzierung von knapp Fr. 4 Millionen auf. Sie werden nachher im Finanzplan 2010 bis 2014 noch sehen (Sie haben es aber sicher auch schon gelesen in den Unterlagen, die Sie bekamen): Dort ist ersichtlich, dass während der ganzen Planperiode die Nettoinvestitionen weit über diesen 4 Millionen liegen. Pro Jahr liegen die Nettoinvestitionen etwa bei 5.9 Millionen – und wir haben nur 4 Millionen Selbstfinanzierung. Das heisst, nach Ende der Planperiode fehlen uns etwa Fr. 10.8 Millionen, und die müssen wir eben auch wieder fremdfinanzieren. Und in dieser Höhe erfolgt dann wieder eine Zunahme der Fremdverschuldung. Ich denke, das ist im Sinne des Erfinders, und schon gar nicht im Sinne des Gemeinderates. Deshalb beantrage ich Ihnen von Herzen, als Chefin der Finanzen, die Ablehnung dieses Budgetpostulats.

Cedric Roos, SVP-Fraktion: Wir, die SVP, fordern Steuersenkungen nicht auf Gedeih und Verderben, sondern dann, wenn es auch Sinn macht. Schon im letzten Juni haben sowohl Hans-Peter Tschui als Fireko-Präsident wie auch ich vor Begehrlichkeiten gewarnt, die unsere Finanzen zusätzlich strapazieren können und werden. Heute, ein halbes Jahr später, müssen wir diese Begehrlichkeiten von Seiten Josua Studer und seiner Frau und der FDP abarbeiten. Diese zwei Gruppierungen machen sich jetzt für Steuersenkungen stark. Ich möchte zu beiden Gruppierungen getrennt Stellung nehmen. In der Juni-Sitzung versprach Siro Imber, dass er im Dezember nachhaltige Steuersenkungen prüfen werde. Das Wort „nachhaltig“ fällt dabei nicht nur einmal. Offensichtlich hat nun aber Siro Imber die versprochene Prüfung einfach ausgelassen und fordert blindlings Steuersenkungen – über die Beweggründe will ich gar nicht spekulieren. Die Fireko hält fest, dass die wesentlichen finanzpolitischen Zielsetzungen, wie ausgeglichene Rechnungsergebnisse, ausreichende Eigenkapitaldeckung und somit die Vermeidung einer weiteren Fremdverschuldung, nur unter der Voraussetzung des jetzigen Steuerfusses nur teilweise oder unter Vorbehalt erreicht werden können. Es bleibt mir schleierhaft, wo Siro Imber das Kapital findet, um diese Voraussetzungen sogar noch bei einer Steuersenkung zu erfüllen. Weiter möchte ich auf eine Medienmitteilung der FDP vom 11. September hinweisen, und ich zitiere aus dieser Medienmitteilung: „Die Initiative will den Selbstfinanzierungsgrad im Durchschnitt von 10 Jahren auf 100% fixieren. Das bedeutet, dass keine Schulden mehr gemacht werden dürfen.“ Ich bin gespannt, wie Siro Imber dies gewährleistet, wenn er jetzt die Steuern senken darf. Im Bericht zum Finanzplan 2010 bis 2014 ist weiter zu lesen, dass bei einem unveränderten Steuerfuss in den nächsten 5 Jahren schulden von Fr. 10 Millionen gemacht werden. Auch da würde mich interessieren, wie das mit der Initiative der FDP übereinstimmt.

Noch haarsträubender sind dann die Aussagen von Josua Studer. Er findet, man kann jetzt um dieses Prozent heruntergehen, und wenn das nicht funktioniert, geht man einfach wieder um zwei Prozent hoch. Das finde ich eine ganz dürrtige Argumentation. Die Interpretation überlasse ich euch. Eine Frage habe ich noch an den Gemeinderat: Wenn wir jetzt mit den Steuern tatsächlich heruntergehen würden, hätte das nicht auch einen Einfluss auf den Finanzausgleich?

Und jetzt noch ein abschliessendes Votum: Ich als Politiker bin nicht da, um das Volk zu belügen. Ich als SVPLer bin verpflichtet, diese Steuersenkung abzulehnen. Vor allem wenn Josua Studer findet, man könne ja dann wieder um 2 Prozent hochgehen. Ich habe volles Vertrauen in das Volk, dass es diesen Entscheid versteht und dies auch so akzeptiert. Ich als Politiker trage Verantwortung und möchte zur Glaubwürdigkeit beitragen. Steuersenkungen sind darum entschieden abzulehnen.

Siro Imber, FDP/GLP-Fraktion: Es ist ja vielleicht aufgefallen, dass nicht sehr viele Budget-Postulate eingegangen sind. Und wieso? Budgetpostulate sind extrem schwierig. Mit Budget-Postulaten und einzelnen kleinen Anträgen kann man einen Finanzbereich kaum steuern. Wir haben ganz wenige Instrumente, mit denen wir den Finanzhaushalt unserer Gemeinde wirklich steuern können. Das eine ist – und das haben wir ja beantragt – dass man die Schuldenbremse einführt: 100% Selbstfinanzierungsgrad im Durchschnitt von 10 Jahren. Das ist das eine. Und zum anderen gibt es den Steuersatz. Und daraus ergibt sich dann, wie viel man sich leisten kann und will. Die Einwohner von Allschwil haben im Kantonsvergleich hervorragende Leistungen, im schweizweiten Vergleich steht Allschwil noch besser da. Und vergleicht man international das Leistungsniveau, so haben wir wirklich top, top Leistungen in der Gemeinde Allschwil. Und was passiert, wenn wir von so hervorragenden Leistungen profitieren müssen, und mehr Geld herankommt, als es die Erfüllung der Aufgaben wirklich erfordert? Es kommt zu politischen Begehrlichkeiten aller Couleur. Und es kommt zu einem Perfektionismus, der unglaublich

teuer ist. Das kennen wir alle. Ich gebe nur ein Beispiel aus der letzten Landratssitzung: Nur für die Projektion von 2 Kilometern Strassensanierung an der H 2: Fr. 8.5 Millionen. Wir sind bei einem Perfektionierungsgrad, der nicht mehr normal ist. Und dazu kommt es, wenn man grundsätzlich einfach über die Mittel verfügt. Wir reden darüber, dass wir in diesem Krisenjahr – wie die Medien sagen, dem schlimmsten seit den 1930er Jahren – ein Plus in der Rechnung haben. Und wir hatten letztes Jahr 360% Selbstfinanzierungsgrad. Gut, das war ein Ausnahmejahr. Ich will nur sagen: Wir befinden uns in dem Krisenjahr schlechthin – und schreiben ein Plus. Und die Aussichten sind nicht schlecht, sie sind positiv. Und wir haben auch auf den Folien gesehen, dass in den vergangenen Jahren die Steuereinnahmen nie eingebrochen sind, sondern sie haben tendenziell jedes Jahr zugenommen. Die FDP und die GLP wollen, dass den Steuerzahlern nicht mehr Geld als nötig aus der Tasche gezogen wird. Wir leben heute schon mit top, top Leistungen. Deswegen sollen die politischen Gremien nicht noch mehr Geld zur Verfügung haben, um noch mehr Geld auszugeben. Und schliesslich kann ja jede erwachsene Person selber darüber entscheiden, wofür sie ihr Geld ausgeben will. Wenn sie es in der eigenen Tasche hat, kann sie entscheiden. Und wenn sie das Geld in einen politischen Prozess abgeben muss, entscheidet der politische Prozess. Eine Steuersenkung ist auch eine Investition in die Zukunft. Jeder Vergleich zeigt, dass Gemeinden und Kantone, die tiefe Steuersätze haben, mittel- und langfristig besser dastehen. Auch Allschwil sollte jetzt diesen Schritt vorwärts machen, und wir haben in einigen Jahren bessere Steuerzahler hier, und wir werden noch mehr Geld zur Verfügung haben – und können dann vielleicht auch wieder einmal einen kleinen Schritt abwärts machen. Die FDP/GLP bittet um Zustimmung zur Steuersenkung.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Wenn wir sie uns leisten könnten, fände ich eine Steuersenkung auch eine tolle Sache. Nur – wir können sie uns nicht leisten. Ich bin auch der Meinung, dass man jetzt nicht einfach mal versuchen kann, ein Steuerprozent herunterzugehen, und wenn es nicht klappt, gehen wir halt wieder zwei nach oben. Das wäre sehr unseriös. So etwas muss vielmehr genau geplant werden, und darum machen wir ja auch das Budget. Ganz am Anfang wurde uns ja eine Folie gezeigt mit diesen lachenden und diesen weniger lachenden Gesichtern, und die hat gezeigt, dass bei der Selbstfinanzierung und beim Schuldenabbau kein fröhliches Gesicht war. Und wenn wir jetzt die Steuern senken würden, dann würde das genau an diesen Punkten einschlagen. Daher meine ich, dass wir uns das schlicht und einfach nicht leisten können. So toll ich persönlich Steuersenkungen natürlich fände, wenn es um mein eigenes Portemonnaie geht – aber wir können es uns nicht leisten, und darum ist die CVP-Fraktion der Auffassung, dass man dieses Budgetpostulat ablehnen muss.

Semra Sakar, SP/EVP-Fraktion: Die SP/EVP-Fraktion ist, ebenso wie der Gemeinderat, der Meinung, dass das Budget 2010 uns zeigt, dass im Moment und auf die absehbare Zeit für Steuersenkungen kein Raum besteht. Mit einer Überweisung dieses kurzfristig gedachten Budget-Postulats würde man die laufende Rechnung 2010 auf Null setzen und somit das Risiko einer weiteren Fremdverschuldung eingehen. Und das, meine Kolleginnen und Kollegen, kann nicht das Ziel unserer Gemeinde sein. Erst wenn der Finanzhaushalt mittel- und langfristig im Lot ist, kann man über eine weitere Steuersenkung diskutieren.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Voraus zwei Bemerkungen. Ich habe gehört heute Abend, der Steuersatz mache das Wohnen in Allschwil attraktiv. Wenn ich mir überlegen, was wir an den letzten Abenden hier drin alles diskutiert haben, was Allschwil attraktiv macht, dann habe ich aber immer gehört: ÖV, Arbeitsplätze, Wohnraum, Förderung von Kindern, zum Beispiel DaZ, Tagesbetreuung, Strukturen in der Altershilfe: Das ist doch das, was Allschwil nach aussen ausstrahlt. Noch schnell ein Wort zu den „wenigen Budget-Postulaten“, die erwähnt wurden: Ich denke, wir alle wissen um die Situation von uns allen betreffend die privaten oder kommunalen Finanz-Etats oder –haushalte. Und wir haben offenbar auch ein sehr grosses Vertrauen in den Verwaltungsteil der Gemeinde, der sich mit den Finanzen für Allschwil auseinandersetzt. Das sind für mich Gründe, nicht mehr Budgetpostulate gemacht zu haben. Alles andere wäre wahrscheinlich fahrlässig. Diese Woche konnte ich in der Zeitung lesen, was die Bevölkerung beschäftigt, mehrere Umfragen: Zuallererst wird genannt der Arbeitsplatz, die finanzielle Sicherheit, Armut, Ausbildungsplätze, Gesundheitskosten. Und heute habe ich gehört – von Frau Gemeinderätin Nüssli ganz am Anfang – man rechnet auch bei uns im Kanton mit einem Nullwachstum. Das Budget, meine Damen und Herren, ist ein Konstrukt. Es ist konstruiert. Wie ein Kartenspiel, das man in der Beiz aufeinander stellt, und schaut, wie das stehen könnte. Es besteht aus Annahmen. Und Leute, die sich damit befassen, tun das nicht im Monat Dezember. Die tun das das ganze Jahr über, damit das Konstrukt wirklich stehen kann. Die Finanzlage: Fragezeichen. Wie geht das weiter? Ist wirklich die Talsohle durchschritten? Ich denke, wenn ich den Wirtschaftsteil anschau: ganz sicher nicht. Krise: Wie geht das weiter? Damit müssen wir ganz sicher rechnen. Für mich sind die Anliegen, Steuern zu senken,

schlichtweg ganz egoistische Forderungen. Ich gehe von einem Durchschnittseinkommen aus von Fr. 5'000, eine Familie mit zwei Kindern. Wenn ich mir überlege, was das soll für die. Ende Jahr sind das 60, 70, 80 Franken weniger Steuern. Und das auf die Wochen verteilt. Das kann für diese Leute die Suppe nicht heiss machen. Und wenn es dann nicht funktioniert – bevor wir jene 2 Prozent wieder nach oben gehen, heisst es dann garantiert: die Tagesbetreuung wird teurer, der Schulzahnarzt wird teurer, die Musikschule wird teurer, und so weiter. Es trifft schlichtweg die Familien. Punkt.

Für mich ist das Begehren ganz einfach egoistisch, kurzsichtig und unvorsichtig. Wir lehnen ganz klar beide Budgetpostulate in dieser Richtung ab. Und jetzt ganz zum Schluss noch schnell eine Frage an die Postulanten: Seit wann, meine Herren, steht ihr auf rot?

René Imhof, SVP-Fraktion: Wir von der SVP – das ist richtig, was Josua Studer sagt – sind in erster Linie für Steuersenkungen. Aber wir sind auch gegen Neuverschuldung, und das hat der gute Mann offenbar übersehen. Denn eine Neuverschuldung muss ja zurückgezahlt werden plus Zinsen. Das wollte ich dazu noch bemerken.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Jean-Jacques Winter hat mir leider den Wind aus den Segeln genommen. Ich doppelte jetzt aber nach, wenn Sie dafür Verständnis haben. Ich habe mich auch gefragt: Alle – ausser Jean-Jacques – haben in ihren Voten bis jetzt aus Sicht der Finanzen der Gemeinde gesprochen, was für Einflüsse hat es auf die Gemeinde? Ich kam dann auch auf die Idee: Was für einen Einfluss hat das Ganze auf den Steuerzahler, diese Steuersenkung? Und ich muss Sie jetzt einfach enttäuschen. Der Grossteil der Steuerzahler ist da nicht der grosse Profiteur. Jean-Jacques hat gesagt, bei einer Familie mit Fr. 5000 Einkommen mache das Ende Jahr 70, 80 Franken aus. Ich habe das Steuergesetz und die Tarife nicht da. Aber ich bin hundertprozentig sicher, es macht keine 70 Franken aus. Eine Familie mit Fr. 5000 steuerbarem Einkommen kommt mit allen Sozialabzügen auf Fr. 40'000. Das gibt vielleicht eine Staatssteuer – eine Staatssteuer! – von fünf- bis sechstausend Franken. Davon ist die Gemeindesteuer 57 oder 58%. Es kann sich jeder selber ausrechnen, was das für eine Familie mit einem bescheidenen Einkommen ausmacht. Also ich weiss nicht, welche Wirkung die Leute, die die Idee mit der Steuersenkung haben, da sehen. Ich bin ganz klar gegen diese Steuersenkung. Leider – und jetzt bist du halt, Nicole Nüssli, wie jedes Jahr wieder dran – können wir genauer sagen, welche Kategorie von Steuereinkommen das betrifft, und wie viele Familien und Steuerzahler in diesen verschiedenen Kategorien sind, wenn endlich einmal der von mir seit Jahren, wenn nicht inzwischen seit Jahrzehnten geforderte Steuerbaum auf dem Tisch des Hauses liegen würde. Wir hätten wesentlich mehr Aussagekraft zu dem Thema, das wir jetzt diskutieren.

Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion: Ich möchte den brillanten Voten der Vorredner nicht viel anfügen. Ich geniesse das, muss ich sagen. Die Wurzel alles Übels ist die Geldgier. Das ist das erste, was mir in den Sinn kam, als ich das sah. Und zwar, weil ich das Budget studiert und gemerkt habe, dass wir ganz wenig Spielraum haben, dass wir wenig wirklich planen können, und dass vieles zwar gut geplant ist, aber letztlich dann doch von einer guten Portion Zufall und Glück abhängig ist. Es ist nicht so planbar, wie wir es gerne hätte. Ich habe dann von der Bank die kantonalen Zahlen mitgenommen und gesehen, dass der ganze Bezirk Waldenburg im Durchschnitt über uns liegt bei den Steuern, dass Sissach mehr zahlt, Liestal, das Laufental. In Arlesheim ist der Bezirksdurchschnitt tiefer als bei uns. Aber kantonal sind wir schön in der Mitte. Arlesheim schlägt nach unten aus. Dort hat das Steuerdumping schon begonnen. Aber wenn wir den Rest anschauen... Ich glaube, so, wie das Budget in diesem Jahr gemacht wurde, sieht man sorgfältige, haushälterische Planung, und ich finde es super, die die Leute das machen. Darum auch mein Dank an Hauptabteilungsleiter Pfister und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ich denke, es verträgt keine Steuersenkung. Wenn es mein Budget wäre daheim, dann würde ich es auch nicht tun. Und ich möchte den sehen, der Chef geht und sagt, hör mal, Chef, ich hätte gern ein Prozent weniger und möchte dann schauen, ob ich damit auskomme. Der Unterschied ist: Im Privaten sind wir nicht an dieser Schallgrenze. Bei den Gemeindefinanzen sind wir an dieser Grenze und schrammen, ehrlich gesagt, jedes Jahr haarscharf an einer Steuererhöhung vorbei.

Rita Urscheler, Fraktion Grüne: Wir Grünen haben das Blatt in der Fraktion selbstverständlich auch intensiv angeschaut. Wir haben uns auch sehr darüber gefreut, dass Du, Josua Studer, uns mit dem abgebildeten Schweinchen so schwierige Themen versüsst. Das war aber auch ungefähr alles, was wir an dem Blatt ernst nehmen konnten. Die Gründe wurden vorhin schon sehr intensiv dargelegt; ich werde sie jetzt nicht wiederholen. Wir lehnen das Postulat ab.

Siro Imber, FDP/GLP-Fraktion: Ich nehme dann die SVP und die SP beim Wort und werde mich erstaunen, wenn dann eines Tages die Zustimmung zu einer Steuersenkung kommt, wenn es dann mittelfristig besser aussieht und das Geld bis dahin nicht schon für andere Sachen ausgegeben ist. Das ist mal das Erste. Und das Zweite ist: Bei der SVP möchte ich gerne wissen, wann denn der Moment da ist, um Steuern zu senken, wenn nicht jetzt, wo man in einem Krisenjahr Überschüsse macht. Also, es ist nie der „richtige Moment“, um Steuern zu senken, man hat immer irgendwelche Gründe, wieso es jetzt gerade nicht geht. Nur, wir müssen nicht nur eine Finanzplanung machen, sondern auch eine Finanzstrategie, und das ist eine politische Strategie. Und wir sind der Meinung, dass es zur politischen Strategie der Gemeinde Allschwil gehört, dass man nicht an das tiefste Niveau des Kantons Basel-Landschaft herankommt. Das können wir unmöglich. Aber es soll ein richtiger Schritt in die richtige Richtung sein. Und es gibt kein Gemeinwesen und keinen Kanton, der tiefe Steuern hat und finanziell schlecht dasteht, sondern das Gegenteil ist der Fall. Das heisst, dass ein tiefer Steuersatz mittel- und langfristig auch dazu führt, dass einen Finanzstabilität eintritt. Und wir sind jetzt in einer Situation, wo wir eine stabile Finanzlage haben, so dass wir Freisinnigen auch den Vorschlag gemacht haben, über den das Volk abstimmen wird, nämlich dass der Selbstfinanzierungsgrad bei 100% sein muss. Wir müssen also keine Angst haben, dass wir in eine Schuldenfalle hineinlaufen. Sondern es geht darum, dass man jetzt strategisch richtig entscheidet und Weichen stellt, dass man langsam den Steuersatz an ein Niveau anpasst, wie wir es auch sonst im Bezirk Arlesheim haben.

Josua Studer, parteilos: Ich bin ja schon froh, dass es Leute gibt, die dem Gemeinderat folgen und zufrieden sind mit dem, was sie haben, und nicht fordern. Wenn ja nur 80 Franken hereinkommen durch eine Einsparung, dann muss man ja dankbar sein, dass ihr nicht sagt, man könnte ein Prozent hochgehen, es sind ja nur 80 Franken. Warum muss man immer im Mittelfeld ein? Warum soll man nicht auch einmal besser sein dürfen als das Mittelfeld? Ihr seid immer so schnell zufrieden. Jetzt haben wir heute Abend Fr. 41'000 einfach so zusätzlich bewilligt. Steuersenkungswunsch ist gleich Begehrlichkeit? Unpassend, absolut unpassend! Das ist keine Begehrlichkeit, sondern etwas Vernünftiges, um Attraktivität zu erreichen. Wir geben auch vielen Familien Zuschüsse für Krankenkassenprämien, weil sie nicht mehr verdienen weil sie mehr Auslagen haben. Warum wollen wir das nicht in Form von Steuersenkungen? Es ist einfach interessant, wie die SVP argumentiert. Jedenfalls wenn man der SVP auf nationaler Ebene zuhört: Die haben genau das gleiche Problem wie wir in Allschwil: Sie sind für Steuersenkungen. Wenn man sich in der kantonalen SVP Baselland umhört: Die haben genau das gleiche Problem, sind aber für Steuersenkungen. Der Kantonalpräsident schüttelt den Kopf über die Sektion Allschwil. Ich auch. Ich habe das gleiche Problem. Und dann von wegen Geiz, Geldgier und solchen Sachen: Geldgier habt ihr, in dem, was ihr alles haben wollt für das Theater Basel. Was ihr wollt für diverse Untersuchungen, für Verkehrsberuhigungen. Das ist auch so genannte Geldgier. Wenn ihr dort weniger gierig wärt, könnten wir nämlich locker die Steuern senken.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Zunächst möchte ich noch ganz kurz anschliessen an das, was Jean-Jacques Winter und Kurt Kneier sagten. Ich habe zufällig einen Taschenrechner da und habe das mal ausgerechnet. Also eine Durchschnittsfamilie mit Fr. 5'000 Einkommen, die dann vielleicht Fr. 5'000 Staatssteuer zahlt, die hat bei einem Prozent Gemeindesteuersenkung einen Gewinn von Fr. 50 im Jahr, das macht im Monat Fr. 4.15 aus, und ich glaube nicht, dass das die Attraktivität der Gemeinde ernsthaft erhöht, bzw. neue Leute anzieht. Aber das nur am Rande bemerkt. Es wurde heute noch argumentiert, die Gemeinde habe es geschafft, im Krisenjahr ein Plus zu generieren, und es sei ja alles in Ordnung. Nur muss man da bedenken, das Plus wurde in einem Jahr generiert, in dem die Krise gerade erst angefangen hat, und die Auswirkungen auf die Steuern kommen ja erst später, weil die definitiven Veranlagungen erst nachträglich gemacht werden. Und ich denke, wenn man das so betrachtet, dann kann man nicht sagen, dass wir eine stabile Finanzlage haben und uns eine Steuersenkung locker leisten können. Darum meine ich nach wie vor, dass man dieses Budget-Postulat ablehnen muss.

Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion: Eigentlich wollte ich gar nichts mehr sagen, aber ich möchte gern von Siro Imber wissen, hast du das Gleiche gelesen, den gleichen Finanzplan, das gleiche Budget und den gleichen Bericht wie ich? Also ich sehe dort nichts von „stabiler Finanzlage“ und von irgendwelchen rosigen Aussichten. Auch vom Rechnen her – ich nehme doch keine Stelle mit weniger Lohn an, wenn ich bereits zu wenig im Budget habe. Dann noch etwas zur Attraktivität von Allschwil. Basel hat auf Jahre hinaus Fasnachtssujets frei, wenn wir dieses Hin und Herr mit den Steuersätzen machen. Das ist doch ein Witz. Das wird der absolute Witz in der ganzen Schweiz! Und mir ist es egal, ob nun die EVP Schweiz oder die EVP Basel oder die EVP Baselland irgend etwas sagt – mir geht es um Allschwil. Mir geht es um

die Leute hier und um einen glaubwürdigen Umgang mit dem Geld, das diese Leute hier als Steuern hereingeben.

Cedric Roos, SVP-Fraktion: Nun komme ich auch zum zweiten Mal zu Wort. Zum Krisenjahr: Wir haben das Krisenjahr und wir haben dieses Plus. Warum haben wir das? Das ist nur wegen des Finanzausgleichs. Sonst wären wir tiefrot. Das ist eine Zufälligkeit, die uns einfach zugute kommt. Du schüttelst jetzt die Achseln, Siro Imber, aber es stimmt, du weisst es. Weiter, Siro Imber: Dein Votum kann ich nicht ganz ernst nehmen, vor allem nicht im Zusammenhang mit deiner, bzw. eurer Initiative. Du weisst, dass wir in den nächsten fünf Jahren eine Neuverschuldung von 10 Millionen haben werden. Wie kannst du da von einem Selbstfinanzierungsgrad von 100% reden! Und „falsche Begehrlichkeiten“: Es ist unsinnig, im falschen Moment das Falsche zu fordern. Das macht keinen Sinn, das ist eine Begehrlichkeit.

Hans-Peter Tschui, Präsident Fireko: Eine kurze, sachliche und vielleicht auch passende Bemerkung noch zu dem Thema: Die Gemeinde Allschwil steht im Verhältnis zu vergleichbaren Gemeinden im Kanton Baselland bezüglich der Eigenkapitalausstattung und bezüglich der Fremdverschuldung, der mittel- und langfristigen Schulden, deutlich schlechter da. Mit einer Steuersenkung um 1 Prozent – Fr. 700'000 – werden wir mit grösster Wahrscheinlichkeit im 2010 ein Defizit einfahren. Und ich darf insbesondere die beiden Landräte daran erinnern, dass der Kanton Baselland bei den natürlichen Personen im 2010 ein Minus von 55 Millionen im Steuerertrag budgetiert. Und das wirkt sich bekanntlich direkt auf den Steuerertrag der Gemeinden aus.

Josua Studer, parteilos: Ich möchte nur noch kurz etwas zum Finanzausgleich sagen: Jawohl, wir profitieren jetzt. Aber jahrelang haben wir geblutet. Andere Gemeinden wie Oberwil, Reinach haben jahrelang profitiert, profitiert! Und jetzt müssen die halt mit den Steuern hinauf, weil sie weniger bekommen. Das ist jetzt die Quittung, die sie bekommen für diese Rechnung. Und warum sollte Allschwil nicht auch eine Quittung bekommen – und diese Quittung wäre ein Entgegenkommen für den Steuerzahler, den so genannten Bewohner von Allschwil.

Armin Bieri, Präsident: Die Rednerliste scheint erschöpft. Dann kommen wir zur Abstimmung.

://:

Das Budgetpostulat 3874B.5 wird mit 31 Nein, bei 6 Ja und 0 Enthaltungen, nicht überwiesen.

496 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1.2.4

Budgetpostulat Siro Imber, FDP/GLP-Fraktion, betreffend Ziff. 2 der Anträge des Gemeinderates Steuerfuss Einkommens- und Vermögenssteuer Natürlichen Personen auf 57 % der Staatssteuer festgelegt, Geschäft 3874B.10

Armin Bieri, Präsident: Es handelt sich praktisch um dasselbe wie soeben. Ich frage an, ob das Postulat zurückgezogen wird. – Das ist der Fall.

497 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1.2.5

Budgetpostulat Robert Richner und Siro Imber, FDP/GLP-Fraktion, betreffend Pos. 904-402.00 Kapitalsteuern Juristische Personen, Geschäft 3874B.11

Rober Richner, FDP/GLP-Fraktion: Ich habe noch ein anderes Budget-Postulat gestellt, das auch nicht so teuer ist wie das andere, und ich bin auch der Meinung, dass es keine Begehrlichkeit ist. Wobei man darüber natürlich verschiedener Auffassung sein kann. Aber ich möchte doch festhalten, dass die Gemeinde Allschwil bei den juristischen Personen sowohl bei Kapital- wie bei der Ertragssteuer den maximal zulässigen Steuersatz erhebt. Und es ist landesweit eine Diskussion im Gange, ob man diese Kapitalsteuer abschaffen oder sie an die Ertragssteuer anrechnen und so zu einer Minimalsteuer ausgestalten will. Die heutige Kapitalsteuer beeinträchtigt unseren Wirtschaftsstandort Allschwil, wie auch mehr oder weniger stark die ganze Schweiz. Man darf nicht vergessen, Steuerwettbewerb ist heute in allen Ländern ein Thema. In der Schweiz kommt ja noch dazu, dass der Schweizer Aktionär das Firmenskapital mit dem Steuerwert für die Aktien im privaten Vermögen nochmals versteuern muss. Es findet also eine doppelte Belastung des gleichen Vermögens statt. Bei der Einkommens- und der Ertragssteuer ist es dasselbe in Grün. Und was man auch nicht vergessen darf: Viele Firmen, wenn sie auch heute gross geworden sind, sind häufig durch eine Einzelperson oder durch einzelne Gruppierungen entstanden, die die Initiative und den Mut hatten und ihr damaliges Vermögen investiert und damit dem vollen Risiko ausgesetzt haben. Wenn sie ihr Geld verlieren, wird nicht gross darüber geredet, wenn die Firmen aber grossen Gewinn machen, nimmt man die Steuern gern.

Nun konkret zu diesem Budget-Postulat: Wie eingangs erwähnt, hat Allschwil bei den juristischen Personen die maximal zulässigen Steuersätze. Bei den natürlichen Personen sind wir zum guten Glück nicht bei der maximalen Steuerbelastung. Aber warum sollen nicht auch die juristischen Personen einmal bei einer Diskussion über die Steuerbelastung, resp. eine Steuerentlastung berücksichtigt werden? Die Gemeinde Allschwil hätte mit dem Anschlag 2010 die Möglichkeit, ein Zeichen zu setzen und ihren Dank an die Firmen auszudrücken, die sich in Allschwil niedergelassen haben, die in Allschwil gegründet und aufgebaut wurden, sowie einzelnen Firmen in der jetzigen Wirtschaftslage sicher auch eine Entlastung zu geben. Und ich glaube, mit einer vorzeitigen teilweisen Reduktion der Kapitalsteuer auf 2010 und einer erneuten zwangsweisen Reduktion auf 2011 gibt es bei den Firmen zweimal ein positives Zeichen und man zweimal eine Reduktion ankündigen. Und zusätzlich wäre Allschwil im Jahre 2010 einmal nicht bei den Maximalsätzen aufgeführt. Das würde Allschwil gut anstehen und würde auch der Wirtschaftsförderung dienen – und vielleicht auch eine Chance schaffen, um neue Arbeitsplätze zu bekommen. Ich möchte auch festhalten, dass dieses Budgetpostulat nicht nur für Aktiengesellschaften und GmbHs ist, sondern auch für steuerpflichtige Vereine. Und was auch noch wichtig ist: Unser Budgetpostulat hat nur Wirkung für 2010. Es wäre trotzdem schön, wenn in Zukunft bei Steuerdiskussionen auch an die juristischen Personen gedacht würde.

Gemeinderätin Nicole Nüssli, Vorsteherin Departement Steuern – Finanzen: Es ist in der Tat richtig, was gesagt wurde: Dieses Budgetpostulat ist nicht ganz so teuer wie das letzte, das wir diskutiert haben. Aber es ist immer noch zu teuer. Sie haben aufgrund der Stellungnahme des Gemeinderates gesehen, wir haben eine Übergangsfrist, um den Kapitalsteuersatz anzupassen von 3,5% auf 2,75%. Die Übergangsfrist geht bis 01.01.2011. Das heisst, der Gemeinderat hat beschlossen, im 2010 noch nicht herunterfahren mit diesem Kapitalsteuersatz, sondern immer noch bei diesen 3,5% bleiben und erst dann auf die 2,75% herunterfahren, also sprich ab dem Jahr 2011. Diese Anpassung – Sie haben das aufgrund der Stellungnahme gesehen – bedeutet für die Gemeinde Allschwil Mindereinnahmen von Fr. 500'000. Fr. 500'000, die dann weniger hereinkommen werden. Wenn wir jetzt schon herunterfahren würden, wie das beantragt wurde, auf diese 2,25%, dann würde das immer noch rund Fr. 200'000 Wenigereinnahmen für uns bedeuten. 250'000 ist etwas zu hoch, aber es würden sicher Fr. 200'000 sein. Das ist einfach ein grosser Betrag, den wir uns effektiv – und Sie haben es vorhin bei der Diskussion gehört – nicht leisten können. Dann kommt ja noch dazu, dass das effektiv nur einen Profit gibt für die grossen Firmen mit einer hohen Kapitalisierung. Ich denke, das wäre am falschen Ort gespart, resp. eine Entlastung gewährt, um dann uns alle darunter leiden zu lassen letztendlich. Das wäre aus der Sicht des Gemeinderates falsch. Auch deshalb, das müssen Sie wissen, weil diese Firmen andere Entlastungen erhalten haben, nämlich bei den Anschlussbeiträgen. Dort sind sie massiv entlastet worden was auch wieder eine Besserstellung für diese Firmen bedeutet, so dass man dort aus Sicht des Gemeinderates noch nochmals entgegenkommen sollte. Alles in Allem sind wir der Meinung, dass dieses Budget-Postulat nicht überwiesen werden soll. Ich beantrage Ihnen dies.

Armin Bieri, Präsident: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Wir kommen daher zur Abstimmung.

://:

Das Budgetpostulat wird mit 28 Nein, bei 8 Ja und 0 Enthaltungen, nicht überwiesen.

Armin Bieri, Präsident: Wir kommen zur Abstimmung über die Anträge des Gemeinderates.

1. Der Voranschlag 2010 für die Einwohnergemeinde Allschwil wird genehmigt.

://:

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

2. Der Steuerfuss für die Einkommens- und Vermögenssteuer der natürlichen Personen wird unverändert auf 58% der Staatssteuer festgelegt.

://:

Der Antrag wird mit 34 Ja, bei 2 Nein und 1 Enthaltung, angenommen.

3. Die Steuersätze für die juristischen Personen werden unverändert wie folgt festgelegt:
a) Kapitalgesellschaften, Genossenschaften: Ertrag 5 %, Kapital 3,5 ‰;
b) Vereine, Stiftungen, übrige juristische Personen: Ertrag: 58 % der Staatssteuer, Kapital 3,5 ‰,
c) Holdinggesellschaften: Liegenschaftsnettoertrag 58 % der Staatssteuer, von ausländischen Quellen besteuertes Einkommen 5 %, Kapital 0,1 ‰, mindestens Fr. 100.00,
d) Domizilgesellschaften: Kapital 0,5 ‰, mindestens Fr. 100.00

://:

Der Antrag wird mit 34 Ja, bei 3 Nein und 2 Enthaltungen, angenommen.

4: Die Feuerwehersatzabgabe beträgt für natürliche Personen unverändert 6 % der Gemeindesteuer.

://:

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Armin Bieri, Präsident: Wir kommen zur Schlussabstimmung über das Geschäft 3874.

://:

Einstimmig Ja

Armin Bieri, Präsident: Wir brechen hier ab und fahren morgen am gleichen Ort weiter mit Traktandum 2.

ENDE DER SITZUNG